Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 10694, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 81. **Montag, den 8. April 1907.** **14. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Der Friedensschwindel.

Als vor zehn Jahren der „Friedenszar“ Nikolaus sein berüchtigtes Friedensmanifest der erstaunten Welt verkünden ließ, war des Jubels und der Freude kein Ende. Selbst leidlich vernünftige Leute erwarteten von den moralischen Wirkungen dieser kaiserlichen Kapuzinerpredigt gegen den Krieg und die verheerenden Wirkungen des Militarismus Großes. Der gewaltigste Kriegsherr, wofür man damals Nikolaus hielt, verdammte und beklagte die Schrecken des Völkermordes, die kulturzerstörenden Folgen der stets sich steigernden Rüstungen: diese feierliche, vor ganz Europa abgegebene Erklärung fand doch sicherlich Rußland selbst, den gefährlichsten Friedensstörer, und legte der Kriegslust der übrigen Mächte eine Schranke auf. Die drohende Gefahr, die seit einem Jahrzehnt über Europa gelastet, schien damit auf absehbare Zeit gebannt zu sein. Solche tröstliche Hoffnungen hörte man damals allerorten aussprechen — wie bald zerrannen sie in Nichts! Die erste Haager Friedenskonferenz und noch drastischer der russisch-japanische Krieg offenbarten die Leerheit und Lächerlichkeit jener „hohen Friedenstat“ des Zaren. Es ist sehr nützlich, sich heute, wo für den zweiten Friedenskongreß die Reklametrompeten geblasen werden, ein wenig den kläglichen Verlauf und die noch kläglicheren Ergebnisse des ersten ins Gedächtnis zurückzurufen. Was hat er hervorgebracht? Einige unbeträchtliche Verbesserungen der Genfer Konvention, die übrigens im japanischen Kriege kaum beachtet wurden, und den glorreichen Haager permanenten Friedensausschuß, der sich als ein ausgezeichnetes Mittel erwiesen hat, diplomatische Intriguen auf den Markt zu bringen. Von Beschränkung der Rüstungen war überhaupt nicht die Rede und der einzige Fortschritt, der selbst im Rahmen der herrschenden Kriegsbräuche möglich wäre, die Abschaffung des Raubes zur See, scheiterte am Widerstand Englands. Denn da dieses mit seiner Flotte übermächtig alle Meere beherrscht, will es sich den Vorteil, den nur ihm zufallenden Vorteil, die Handelsschiffe eines wirtschaftlichen Konkurrenten im Kriege auszuplündern und zu zerstören, nicht nehmen lassen.

Der erste Friedenskongreß verlief als Farce, endete als Farce und sehr bald erkannte man, daß er auch von dem hochherzigen Anreger als Farce gemeint war. Der „Friedenszar“ wollte sich in Europa den Rücken gegen Kriegsgefahren decken, während seine ostasiatischen Diplomaten und Satrapen die mandschurische Eroberung vorbereiteten, die in den Niederlagen des japanischen Krieges dann ein Ende mit Schrecken und Schmach gefunden hat. War damit der Friedensschwindel nicht ein- für allemal abgetan? War es denn noch möglich, daß der Herrscher, der eben erst die Fluren der Mandschurei mit Blut getränkt, die chinesischen Gewässer mit Leichen gefüllt hatte, die Rolle des Friedensbringers weiter spielen könnte? Friedensaufrufe erlassen könnte, während seine Soldaten seit drei Jahren die Straßen der heimatlichen Städte mit Mord und Trümmern füllen, während die Kanonen des Zaren gegen russische Staatsbürger auffahren, während die Feldgerichte mit Füsilladen und mit dem Strick des Henkers unter den Freunden des russischen Volkes wüten? Es wird als Denkmal unserer Schande, als ein Zeichen der offiziellen Heuchelei für alle Zeiten stehen bleiben, daß Rußland, über dem sich der Rauch vom mandschurischen Schlachtendonner noch nicht verzogen hatte, und befleckt vom Blute des Bürgerkrieges, in gleißnerischen Noten die Staaten der alten und der neuen Welt zu einem neuen Kaffeekränzchen der Friedensfreundschaft einladen durfte und daß keine der großen Mächte den moralischen Mut fand, dem Zaren die ehrende Einladung mit der Bitte zurückzusenden, er möge doch erst selbst mit dem Morden aufhören, bevor er anderen den Mord verwehren wolle. 1896 stand der Beherrscher Rußlands in einer von Angst und Einbildung erhöhten Größe da, die Klugheit schien zu gebieten, sich ihm nicht ungefällig zu erweisen; der japanische Krieg hat bloßgelegt, wie schwach die Fundamente der militärischen Macht des Zaren sind, und niemand hat zu fürchten, daß russische Heeressäulen in den nächsten zehn Jahren über die Grenze eines europäischen Staates vordringen werden. Wenn Nikolaus jetzt zum zweitenmal einen Friedenskongreß zusammentrommelt, geschieht es wahrlich aus keinem anderen Grunde als dem, das beschädigte diplomatische Ansehen durch den falschen Glanz einer großen Aktion ein wenig zu verbessern. Wo aber liegt das allgemeine Interesse, daß dies gelinge?

Das allgemeine Interesse? Es ist bemerkenswert, daß vom Frieden und von Friedenshoffnungen bei dieser zweiten Haager Konferenz nicht mehr gesprochen wird. Selbst die unbegrenzt begeisterungsfähige Harmlosigkeit der bürgerlichen Friedensfreunde verhält sich diesmal recht skeptisch und kühl, ja fast abweisend. Die Friedensaktion ist ganz offensichtlich zu einem Mittel der ordinärsten großmächtlichen Diplomatenmanöver geworden. Den Reigen führt diesmal England, das aus den Verlusten Rußlands den ganzen Gewinn heimgetragen hat und an dessen Stelle jetzt, nur mit feinerer Klugheit und weiter umspannender Kraft, sich zum Schiedsrichter über die Staaten und Völker erhebt. Seit dem ersten Jahre des japanischen Krieges sieht man es am Werke, das Staatensystem und das Gleichgewicht der Kräfte im Sinne und im Dienste der englischen Weltmacht zu verschieben. Es hat die Furcht Frankreichs vor Deutschland und vor einem japanischen Überfall dazu benutzt, die große Republik in seinen Dienst zu pressen, durch den Einfluß Frankreichs lockt es Italien in seine Machtsphäre, spielt Japan gegen Amerika, Amerika gegen Japan aus, in den Rassenstreit beider als schlauer Vermittler eingreifend. Und die Vorgänge in Persien beweisen, daß sogar Rußland, geängstigt in seiner Vereinsamung, die Geschäfte der indobritischen Machtpolitik besorgt. Dieser weltumschließenden Staatskunst ist nun die Haager Konferenz zu dem gesuchten Mittel geworden, einen diplomatischen Hauptstreich zu führen. England erhebt plötzlich und mit starkem Nachdruck die Forderung, daß die Frage der Abrüstung in das Programm der Konferenz aufgenommen werde. Unterstützt wird es von seinem Satrapen Spanien und von Amerika, dessen Präsident an populären Demagogenstückchen gern teilnimmt.

Der Zweck des Abrüstungsvorschlages ist ein zweifacher. Zunächst wird damit ein Schlag gegen Deutschland geführt. Denn dieses wird sich mit unkluger Offenheit ablehnend verhalten und so der britischen Diplomatie die angenehme Gelegenheit bieten, es als friedensbedrohende Macht der Welt vorzustellen. Die englische Regierung braucht aber Deutschland als Popanz, erstens um die Wähler zu unterhalten und dann, um den Vorwand für ungeheure Rüstungen zu gewinnen, mit denen in Amerika und Ostasien gegen teure Freunde und Bundesgenossen, die dereinst sehr gefährlich werden könnten, vorbauend Schutz und Sicherheit zu schaffen wären. Der andere Zweck des Vorschlages ist aber dieser: England, wenn er abgelehnt wird, gewinnt die schönste Ausrede dafür, daß es auf seiner Weigerung, das Kaperrecht zu beseitigen, auch weiterhin beharrt. Nun ist alle Welt darin einig, daß der Abrüstungsvorschlag nirgends Aussicht hat, angenommen zu werden, daß England, wie es in den letzten Jahren in eifrigem Rüsten alle anderen Staaten weit hinter sich gelassen hat, den Antrag nie stellen würde, wenn es befürchten müßte, es könnte etwas daraus werden; dennoch wird auch dieser ganz unverhüllte Coup wie eine ernste große Angelegenheit der Kultur behandelt und Frankreich, dessen offiziöse Presse über die Abrüstung spottet und mault, tut sogar unter beträchtlichem Geräusch mit. Wenn es überhaupt noch nötig war, klar zu machen, daß die bürgerliche Friedensfreundlichkeit eitel Dunst und nur die deckende Phrase für gefährliche Ränke der Machtgier ist, so bietet dafür die zweite Haager Konferenz den vollgültigen Beweis.

Streikfieber.

Die bürgerliche Presse nimmt wieder einmal Veranlassung, über Streikfieber der Arbeiter zu klagen. Sie hätte eher Veranlassung, über Aussperrungsfieber der Unternehmer zu klagen; denn die Lohnkämpfe dieses Frühjahrs wie der letzten Jahre überhaupt, stehen im Zeichen der Aussperrungen. Der bürgerlichen Presse stecken jedoch die Begriffe früherer Zeiten, wo die Streiks und nicht die Aussperrungen die Regel bildeten, noch so im Blute, daß sie auch heute immer noch von Ausständen spricht.

Der veränderte Charakter der Lohnkämpfe ist eine Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Historisch sind die Arbeiterverbände die Mütter der Unternehmerverbände, und wem es Vergnügen macht, der mag ruhig „konstatieren“, daß die Unternehmer sich ihre Organisationen nur zu Verteidigungszwecken geschaffen haben, daß also die Arbeiter die Karnickel gewesen sind, die angefangen haben. Daß aber mit dieser „Konstatierung“ in keiner Hinsicht etwas anzufangen ist, geht schon daraus hervor, daß natürlich auch die Arbeiterverbände zu Verteidigungszwecken gegründet wurden, nämlich zu Verteidigungszwecken gegen den ausbeutenden Kapitalismus. In wirtschaftlichen Kämpfen handelt es sich jedoch nicht um Schuld und Sühne oder um die Untersuchung der ethischen Frage, wer „angefangen“ hat, sondern um die Macht, und da ist es keine Frage, daß die Unternehmerverbände im Kampfe gegen die Arbeiter groß und stark geworden sind. Der Handelskammerbericht von Bielefeld drückt das so aus, daß unter der Kampflust der Arbeiter das Gefühl der Zusammengehörigkeit von „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ — unter diesem Gallimathias versteht die Handelskammer augenscheinlich die Besitzer und Ausbeuter der menschlichen Arbeitskraft — in hohem Maße leide und daß im Anschluß daran die Bildung und Festigung der Unternehmerverbände sehr wesentliche Fortschritte gemacht habe.

Es ist das eine Entwicklung, die die Arbeiterklasse keineswegs zu beklagen hat; denn der dialektische Prozeß, der allenthalben tätig ist, macht sich auch hier bemerkbar: die Unternehmerverbände können nicht wachsen, ohne daß gleichzeitig die Arbeiterverbände wachsen. Ja, das Anwachsen der einen hat das Anwachsen der andern zur Voraussetzung. Die Gewerkschaften haben den Unternehmern die Organisierung des wirtschaftlichen Klassenkampfes gelehrt. Die Lehre fiel auf guten Boden. Gerade die Leute, denen schon das Wort: Klassenkampf ein Greuel ist, sie sind die größten Praktiker des Klassenkampfes. Aber sie können von dieser Lehre nicht Nutzen ziehen, ohne daß die Arbeiter nicht noch größeren Nutzen zögen. Die Unternehmer koalieren sich, um die Gewerkschaften und damit den Klassenkampf zu vernichten. Sie haben aber nur den Erfolg, die Befehdeten noch zu stärken. Die deutschen Arbeiterorganisationen, die jetzt die Stärke der englischen Trades Unions erreicht haben und sie bald überflügelt haben werden, wuchsen niemals so rapide, wie in den letzten Jahren, als die Unternehmerkoalitionen entstanden und erstarkten. So ist das sicherste Mittel, die Gewerkschaften zu vernichten, umgeschlagen in das sicherste Mittel, sie unbesiegbar zu machen. Die Taktik der Unternehmerverbände drängt die Arbeiter, ob sie wollen oder nicht, in hellen Haufen in die Reihen der Gewerkschaften.

So scheiden sich die Klassen immer schärfer, und stets erbitterter wird der gegenseitige Kampf. An dieser ehernen Tatsache messe man den Wert der holden Illusion, die moderne Arbeiterbewegung überwinden zu wollen durch die Lügenkünste des Reichsverbands oder durch die Luftbonbons der bürgerlichen Sozialpolitik.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Hungerland Südwestafrika.

Der ehemalige Landeshauptmann von Südwestafrika, Generalmajor v. Francois, veröffentlicht im „Tag“ einen interessanten Artikel über „Besiedlung und Hungersnot in Südwestafrika“. Der Artikel dieses Kenners unseres südwestafrikanischen Schutzgebietes beweist aufs neue, wie abenteuerlich und unrealisierbar die Hoffnungen sind, die von unseren Kolonialphantasten in die Entwickelungsfähigkeit des Landes gesetzt worden sind.

Francois meint, die erste Aufgabe der Regierung müsse darin bestehen, zunächst einmal die Hungersnot in der Kolonie durch Beschaffung eines ausreichenden Stockes von Muttervieh zu beseitigen. Solange es an Vieh mangele, fehle es an Rente für die Bahn, an Ausnutzung der Wasserstellen, vor allem an billiger Volksernährung.

Der Verfasser gesteht ein, daß seit drei Jahren die südwestafrikanische weiße Bevölkerung eigentlich nur vom Kriege gelebt hat. Die Verminderung der Truppe werde deshalb zweifellos für die weiße Bevölkerung zunächst eine Krise heraufbeschwören. Sie treffe hauptsächlich die etwa 3000 Kaufleute, Gastwirte, Handwerker und Arbeiter. Das ist eine Tatsache, auf die auch wir schon hingewiesen haben. Würde man die Schutztruppe statt auf 4000 bis 5000 Mann noch weiter reduzieren, so würde der südwestafrikanische Krach ein geradezu fürchterlicher werden. Deshalb denkt denn auch die Regierung nicht daran, eine solche Reduzierung der Schutztruppe eintreten zu lassen. Sie braucht eine starke Schutztruppe, nicht nur als Grundstock einer Kolonialarmee, sondern auch um den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Kolonie zu verhüten. Die 40 oder 50 Millionen, die Deutschland jährlich für die Truppe ausgibt, sollen gleichzeitig den finanziellen Rückhalt des kolonialen Wirtschaftsgebiets bilden. Mit anderen Worten: Südwestafrika ist im Grunde nichts anderes als ein einziges Marketenderlager, das von der milchenden Kuh, der Schutztruppe, lebt.

Aber selbst dann, wenn eine starke Schutztruppe zurückbleibt, steht es um die Farmer außerordentlich schlecht. Diese können zwar Land genug zum Preise von 30 bis 100 Pfg. den Hektar kaufen, aber um die landwirtschaftliche Produktion steht es um so schlechter: „Produzenten werden sie trotzdem nicht. Feldbau können sie bekanntlich nicht treiben, Gartenbau lohnt nur da, wo nahe Absatzgelegenheit ist; die Produktionskosten sind höher, als die Preise für eingeführte Körnerfrüchte“. Aber auch um die Produktion von Vieh steht es außerordentlich schlecht. Francois schätzt nach Durchsicht alles veröffentlichten Materials den gesamten Bestand des Schutzgebietes an Muttervieh auf etwa 5000 Kühe und 50 000 Mutterschafe und Ziegen. Um aber den Milch- und Fleischbedarf einer

Bevölkerung von 6000 Weißen, 4000 Mann Truppen und 40 000 Farbigen zu decken, der jährlich rund 20 000 Ochsen und 280 000 Kleinvieh betrage, seien nötig 80 000 Kühe und eine Million Kleinvieh-Muttertiere. Ohne einen solchen Viehbestand werde in Südwestafrika chronische Hungersnot herrschen.

Unter Zugrundelegung einer Berechnung des Farmers Schlettwein werde sich der vorhandene Viehbestand in zirka 15 Jahren bis zu der zur Fleischversorgung der schon heute in der Kolonie befindlichen Bevölkerung von 50 000 Köpfen vermehrt haben, dabei seien aber die Gefahr der Verseuchung und andere Unsicherheiten des Betriebes nicht einmal in Betracht gezogen. Francois macht deshalb den Vorschlag, sofort eine größere Summe, etwa 8 Millionen, staatlicher Subventionen für Viehankauf zu verwenden. Geschehe das, so würde schon nach 10 Jahren ein Viehstand von 50 000 Kühen und 800 000 Kleinviehmüttern in der Kolonie vorhanden sein können.

Herr v. François nimmt also an, daß durch geeignete Maßnahmen in 10 Jahren wiederum eine Menge von Vieh herangezüchtet werden könnte, um eine Bevölkerung von 50000 Köpfen zu ernähren. Nun rechnet man aber in Deutschland bekanntlich damit, daß viele Tausende neuer Ansiedler während dieses Zeitraumes ansässig gemacht werden könnten. Wovon diese leben sollen, ohne daß das Reich unzählige Millionen für ihren Unterhalt ausgibt, ist völlig rätselhaft. Ganz abgesehen davon, daß die ganzen Viehzüchtungspläne des Herrn v. Francois durch die Rinderpest, die gerade jetzt wieder arg auftretende Heuschreckenplage und ungünstige Witterung, das heißt jahrelanges Ausbleiben von Regen, zu nichte gemacht werden können!

Man sieht, daß die Entwickelung Südwestafrikas nur durch andauernde ungeheure Zuschüsse des Reichs künstlich herbeigeführt werden kann. Und dieses trostlose Land ist von Herrn Dernburg als ein „neues überseeisches Deutschland" gepriesen worden.

Ein Detaillistenverband, der sich über ganz Deutschland erstreckt, ist dieser Tage gegründet worden. Die Veranlassung dazu hat das rigorose Vorgehen der Seidenwarenfabrikanten geboten, die die Seidenverbraucher zwingen wollten, falls sie von den außerhalb der Seidenwarenfabrikantenkonvention stehenden Fabrikanten Seidenwaren bezögen, für den gesamten Warenbezug von den Mitgliedern der Konvention einen Aufschlag von 10 Prozent zu zahlen. Das Ansinnen der Seidenwarenfabrikanten ging soweit, daß, wenn die Abnehmer ohne Zahlung dieses Zuschlags regulierten, darin die Erklärung liegen sollte, daß der Abnehmer von den außerhalb der Konvention stehenden Fabrikanten Waren nicht bezogen habe.

„Erfolge" des Reichsverbandes. Der in Solingen erscheinende „Bergische Volksfreund", ein Zentrumsblatt, rechnet mit den dortigen bürgerlichen Blättern ab, die im letzten Wahlkampf reichlich in Liberalismus machten, sich dabei aber ebenso reichlich vom Material des Reichsverbandes füttern ließen. Das ist nun den politischen Geschäftemachern von der bürgerlichen Presse schlecht bekommen. Das genannte Zentrumsblatt schreibt darüber:

„Die letzte Reichstagswahl zeitigt noch fortwährend Früchte der verschiedensten Art. Bemerkenswert ist der Rückgang der bürgerlich-farblosen oder liberalen Blätter in geschäftlicher Hinsicht. Daran ist der famose Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie schuld. Er hat zurzeit der Wahlkampagne in den farblos-liberalen Blättern in einer Weise vom Leder gezogen, daß sogar Doktor Brunhüber (der „nationale" Kandidat) sich veranlaßt sah, von den schneidigen Herren, die aus der nichtsnutzigen Bekämpfung der Gegner ein gutes Auskommen haben, etwas abzurücken. Die farblosen Blätter, die zur Wahlzeit plötzlich ihre Maske abwarfen, sind nun schon seit Wochen einer andauernden Boykotterklärung der Sozialisten ausgesetzt und der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Auch die Zentrumspresse hat einen großen Fortschritt gemacht. Seit Oktober 1906 hat sich ihre Abonnentenzahl um die Hälfte vermehrt."

Die Freundschaft des berüchtigten Reichsverbandes hat, wie man sieht, ihre Schattenseiten für die „nationalen" Parteien.

„Unerhörter Schweineüberfluß!" So jammert die „Deutsche Tageszeitung". Es ist aber auch geradezu schrecklich, mitteilen zu müssen, daß auf dem Berliner Viehmarkt am 27. März der Schweineauftrieb die „Rekordziffer" von fast 20 000 erreicht hat! Das Bündler-Organ macht seinem Schmerz noch weiter Luft wie folgt: „Fast 20000 Schweine!" .... Für den viehzüchtenden Landwirt bedeuten solche Zahlen etwas unendlich Trauriges! Die Preise sind enorm gewichen: Wurden doch an dem besagten 27. März für den Zentner Schlachtgewicht (20 Prozent Tara), 1. Qualität nur noch 52 Mk., für Mittelqualität 49—51 Mk., im Durchschnitt also 50 Mk. gezahlt! Im Monat März 1906 aber betrug der Mittelpreis im Durchschnitt noch 72,80 Mk., ist also seit einem Jahr um fast ein Drittel gefallen und nähert sich bereits wieder bedenklich den ruinösen Preisen des Jahres 1904; damals brachte der März nur einen Durchschnittspreis von 44,60 bis 50 Mk. für Schlachtgewicht bei 20 Proz. Tara! Das sind 36 bis 40 Mark Lebendgewicht, und das auf dem Schlachtviehhofe in Berlin, mit all den Unkosten, die natürlich dem produzierenden Landwirt aufs Konto geschrieben werden!" — Verständige Menschen müssen sich freuen, wenn der Bevölkerung reichliche Nahrung zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung steht. Agrarier aber weinen darob bittere Tränen, weil sie nicht im bisherigen Maße zu ihrem Ausbeuterprofit kommen.

Reichsvereins- und Versammlungsgesetz. Wie die „Soziale Praxis" mitteilt, sind für die vom Reichskanzler in der Reichstagssitzung vom 25. Februar angekündigte Reform des Vereins- und Versammlungsrechts die Vorarbeiten im Gange. — Warten wir ab, was kommt.

Für Agrarier. Die Einfuhr von lebenden Wiederkäuern und Schweinen aus Belgien und den Niederlanden nach Preußen ist dem Wunsche der Agrarier gemäß nun auch verboten worden aus denselben Gründen, aus denen schon andere Grenzen gesperrt worden sind.

Wieder ein Opfer. Der Gefreite Junior ist am 1. April im Lazarett Windhuk an Herzschwäche nach Ruhr gestorben.

Eine schwere Verletzung des Wahlgeheimnisses ist in einem Dorfe des Wahlkreises Landsberg-Soldin festgestellt worden. Die Wahlkuverts wurden dort unter Mißachtung des Gesetzes nach der Reihe in einem „Urne" benannten Kasten aufeinander aufgeschichtet. Dann wurde die „Urne" umgestülpt, und fein säuberlich in umgekehrter Reihe als die Stimmzettel abgegeben waren, wurden die Stimmzettel vom Wahlvorsteher zur Verlesung gebracht. Ein Untergebener des Wahlvorstehers führte eine Nebenliste, notierte erst der Reihe nach die Wähler, die die Stimmen abgaben, und setzte während der Verlesung der Stimmzettel den Namen hinzu, den der Betreffende gewählt hatte. Diese Verwandelung der geheimen Wahl in eine öffentliche wurde von dem Schuhmachermeister Hermann Behrend in Cladow i. M. entdeckt. Behrend erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Von dieser erhielt er dieser Tage folgende Antwort;

„Auf Ihre Anzeige vom 7. d. M. wegen Verletzung des Wahlgeheimnisses einzuschreiten, bin ich nicht in der Lage, da darin eine nach den Strafgesetzen zu ahndende Handlung nicht liegt. Ich muß es Ihnen überlassen, sich wegen etwaiger Anfechtung der Wahl an die zuständige Stelle zu wenden.

Name unleserlich."

Diese verblüffende Antwort der Staatsanwaltschaft ist nur durch die Annahme erklärlich, der Anzeigende habe den Tatbestand nicht völlig geschildert oder der Staatsanwalt habe die Darstellung falsch aufgefaßt. Liegt der Tatbestand so, wie wir ihn hier wiederholt geschildert haben, so liegt eine ebenso niederträchtige wie strafbare Handlung vor, die der Staatsanwalt von Amtswegen zu verfolgen verpflichtet ist. Nach der Verfassung (Artikel 20) geht der Reichstag aus allgemeinen und direkten Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor. Das Wahlgesetz und das Wahlreglement betonen nochmals diesen Grundsatz. Das Wahlreglement hat zur Sicherung des Wahlgeheimnisses die Wahlkuverts und die Isolierräume eingeführt. Es ist ausdrücklich vorgeschrieben (§ 11 des Wahlreglements), daß die nötige Vorsorge dafür zu treffen ist, daß der Wähler unbeobachtet seinen Stimmzettel in den Umschlag zu legen vermag. In dem Protokoll ist zu beurkunden, daß der Wähler „seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag steckte." Ein Beamter, der in striktem Gegensatz hierzu, zwar wie vorgeschrieben, protokolliert, in der Tat Vorkehrungen trifft, durch die sich ermitteln läßt, wie der Wähler gestimmt hat, macht sich einer mit Zuchthausstrafe bedrohten Wahlfälschung und Urkundenfälschung schuldig. Schon die Aufeinanderschichtung der Kuverts und das Abheben derselben in der geschilderten Weise ist eine solche strafbare Handlung. In dem Fall, dessen Straffälligkeit der Staatsanwalt nach dem oben abgedruckten Bescheid verneint zu haben scheint, tritt noch das komplottmäßige Zusammenarbeiten des Nebenlisten-Führers mit den Leuten des Wahlvorstandes hinzu. Es muß verlangt werden, daß die beschriebenen Verbrechen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Hoffentlich legt der Antragsteller event. bis zur letzten Instanz Beschwerde ein, denn unsere Rechtszustände können noch nicht so weit gesunken sein, daß Verbrechen und Vergehen wie die in Rußland von der Hallunkenschaft der schwarzen Hundert begangenen Frevel straflos bleiben, weil sie gegen Volksrechte ausgeübt sind. Die Kassation der Wahl allein reicht nicht aus, um den schamlosen, insbesondere auf dem platten Lande vorgenommenen Wahlfälschungen ähnlicher Art für die Zukunft einen Riegel vorzuschieben.

Österreich-Ungarn.

38 411 Reklamationen über die Wählerliste sind bisher in den 33 Wiener Wahlbezirken eingebracht worden. Die Zahl der Reklamationen ergibt also mehr als zehn Prozent der Wähler! Während zum Beispiel in der Josephstadt die Reklamationen zwei Prozent der Wählerzahl betragen, betragen sie in Arbeiterbezirken an zwanzig Prozent! So in der Brigittenau mehr als einundzwanzig, in Ottakring mehr als zwanzig, in Favoriten mehr als achtzehn Prozent! Das heißt, jeder fünfte Wähler ist von dem Wahlkataster „übersehen" worden. Das ist eine neue Form des Wahlrechtsraubes.

Rußland.

Glücklich entwischt. Der zur Verbannung nach Sibirien verurteilte Deputierte des bekannten Arbeiter-Deputiertenrats von Petersburg, Trozki-Bronstein, ist aus seinem Verbannungsorte entflohen. — Damit ist der Partei einer der wertvollsten Agitatoren wiedergegeben.

Die „Echtrussischen" an der Arbeit. Man schreibt aus Tschernigow: Die hiesige Filiale des Verbandes des russischen Volkes sandte folgendes Telegramm an den Kaiser: Die Tschernigower Filiale des Verbandes des russischen Volkes fleht Eure Majestät an, zu befehlen, Maßregeln zu fassen, um die Duma in die gesetzlichen Schranken zu zwingen, um die aufs neue sich verbreitende revolutionäre Bewegung zu ersticken, wobei man auch vor der Dumaauflösung nicht zurückscheuen sollte. Wir flehen auch um Maßnahmen zum Schutze der verfolgten und gehetzten patriotischen Verbände, damit diese nicht gezwungen werden zur Selbstwehr zu greifen."

Der Rigaer Inquisitor — befördert! Der Chef des Rigaer Inquisitionsmuseums Gregus, der einen zweimonatlichen Urlaub erhalten haben sollte, befindet sich in Petersburg. Er war überhaupt nicht beurlaubt, sondern wurde zur Petersburger Schutzabteilung abkommandiert, wo ihm die Funktionen eines Beamten für besondere Aufträge zugewiesen wurden. An seine Stelle wird nach Riga der berühmte Gendarmerieritmeister Kommissarow entsandt werden.

Finland.

Das definitive Ergebnis der Landtagswahlen liegt vor. Es sind gewählt 80 Sozialdemokraten, 58 Altfinnen, 25 Jungfinnen, 24 Mitglieder der schwedischen Volkspartei, 11 Agrarier und 2 Mitglieder der christlichen Arbeiterpartei. Von den gewählten 19 Frauen gehören 9 der sozialdemokratischen Partei an.

Schweiz.

Tatjana Leontiew wird ihre dreieinhalbjährige Strafe in der Aargauschen Strafanstalt Schloß Lenzburg abbüßen, die auf einem steilen Hügel wie eine kleine Festung liegt und deshalb besondere Sicherheit bietet. Die Verurteilte wird nächster Tage von Thun dorthin gebracht werden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 8. April.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Der Sozialdemokratische Verein hält heute, Montag abend, im Vereinshaus seine Monatsversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht; 1) Abrechnung vom 1. Quartal 1907, 2) Maifeier, 3) Landagitation, 4) Vortrag des Genossen Schwartz, 5) Verschiedenes. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Beratungsgegenstände ist ein vollzähliges Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen. — Die Bibliothek ist von 8—9 Uhr geöffnet.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag, abends 6 Uhr, statt.

Zwischen der Klempnerinnung und den Klempnergesellen Lübecks ist vom 1. April 1907 an ein neuer Tarif abgeschlossen worden; danach darf der Lohn für Gesellen unter 20 Jahre nicht unter 43 Pf. und für Gesellen über 20 Jahre nicht unter 50 Pf. pro Stunde betragen. Außerdem erhalten alle Gesellen über 20 Jahre eine Zulage von 8 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit ist im Winterhalbjahr um eine halbe Stunde gekürzt. Sie beträgt im Winterhalbjahr 9 Stunden und im Sommerhalbjahr 9½ Stunden. Der Tarif ist auf drei Jahre abgeschlossen.

Kontrollversammlung. Am Dienstag, den 9. April 1907, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1904, 1905 und 1906 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie. Am Dienstag, den 9. April 1907, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1894 und 1895. Zu den Spezialwaffen gehören: Jäger, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie, Feldartillerie, Fußartillerie, Pioniere, Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffertruppen, Trainaufsichtspersonal, Traingemeine, Trainsoldaten, Pferdewärter, Militärbäcker, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Unter- und Militärapotheker, Untertierärzte, Fahnen- und Beschlagschmiede, Büchsenmachergehilfen, Waffenmeistergehilfen, Ökonomiehandwerker und Arbeitssoldaten.

Bei den Kontrollversammlungen, die gegenwärtig auf dem Burgfelde stattfinden, wird vorgelesen, daß es gegen die Ehre der Reservisten verstoße, wenn sich dieselben der sozialdemokratischen Bewegung anschließen. Wir sind der Meinung, daß es einfach ungeheuerlich ist, wenn sich eine Behörde, die überhaupt kein zutreffendes Urteil über die Bestrebungen der Sozialdemokratie besitzt, herausnimmt, gewissermaßen Leute als ehrlos zu beschimpfen, nur weil sie einer bestimmten politischen Richtung angehören. Aber es paßt diese Aeußerung in die gegenwärtige Kampfesmethode des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, den man sehr richtig als Reichslügenverband bezeichnet.

Aus dem Reiche des Geheimrats Brecht wird uns geschrieben: Mit welch rührender Fürsorge die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft für ihre Beamten und Arbeiter eintritt, ist daraus zu ersehen, daß den letzteren auf ihre Eingabe vom vorigen Jahre um eine den Verhältnissen entsprechende Aufbesserung ihrer Bezüge eine sonst übliche abschlägige Antwort noch nicht zuteil geworden ist. Wir schöpfen daraus sogar den Verdacht, daß diesmal die sonst so verhaßte „Massenagitation", da sie bis jetzt noch ohne Rüge geblieben ist, einigen Erfolg haben wird, nur sei gewarnt vor allzu großen Erwartungen, da die Enttäuschungen sonst noch größer werden könnten, als sie nach den bis jetzt bekannten Zahlen ohnehin werden müssen. Die Eisenbahn, welche bei einer Einnahme von 8 Millionen eine Dividende von 8 Prozent ausschütten wird — auf Kosten der Angestellten —, hat für ihr Personal von rund 1900 Mann 169 000 Mark ausgeworfen. Die Direktion will aber nur 150 000 Mark „anlegen" und weil hierbei, wie immer, die Herren Oberen mit dem Löwenanteil vorweggehen, bleiben für die unteren und mittleren Bediensteten nicht genügende Mittel übrig und da weiß sich die Direktion (oder der Herr Geheimrat?, der s. Zt. in der Bürgerschaft die goldenen Worte gesprochen haben soll, Lübeck müsse seine Beamten besser bezahlen als Preußen) trefflich zu helfen, indem sie einfach ganze Beamtenklassen in ihrem Etat degradiert, — unbekümmert darum, wie das Ansehen der Betroffenen im Publikum darunter leidet, weil dasselbe ja nicht glauben kann, daß das Verfahren eine Gehaltsaufbesserung sei. Wir hoffen deshalb, daß die Eisenbahn-Verwaltung sich namentlich den letzten Punkt noch einmal überlegen wird und die angedeutete Schädigung ihren Angestellten erspart. Mit der unbegreiflichen Verzögerung, die sich alljährlich bei der Herausgabe des Etats wiederholt, laufen die Familien der Beamten Gefahr, von der dem letzteren etwa zustehenden Alterszulage Nutzen zu ziehen, weil er inzwischen darüberhin gestorben sein kann. Aus diesem Grunde wird der Etat auch wohl so streng „geheim" gehalten, daß niemand weiß, wann und welche Zulagen zu erwarten sind. Auch hierin würde Wandel zu schaffen von großem Wert sein.

Nationale Schweineseuche. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter den Schweinen des Hufners Brandt in Harmsdorf die Rotlaufseuche ausgebrochen ist. Der Schweinestall des Genannten ist unter Sperre gestellt.

Schon wieder ein Eisenbahnunfall hat sich am Sonnabend morgen auf dem hiesigen neuen Güterbahnhof ereignet. Der in der Nacht vom Freitag auf Sonnabend von Hamburg nach hier abgegangene Güterzug Nr. 6022, der um 3½ Uhr morgens hier eintrifft, stieß auf dem neuen Güterbahnhof mit einem dort haltenden Güterzug zusammen, resp. fuhr auf denselben auf, wodurch drei Güterwagen zertrümmert und die Maschine beschädigt wurden. Personen sind glücklicherweise auch diesmal nicht zu Schaden gekommen, da der Lokomotivführer und der Heizer vor dem Zusammenstoß von der Maschine abgesprungen waren. — Wie es scheint, haben die schlechten Erfahrungen, die in Hamburg bei der Eröffnung des neuen Zentralbahnhofes gesammelt wurden, in Lübeck nicht zur Warnung, sondern als Muster gedient.

Die Firma Kufeke in Bergedorf, die das bekannte und vielfach von Arbeiterfrauen zur Kinderernährung benutzte Kufekesche Kindermehl herstellt, liegt seit einiger Zeit mit ihren Arbeitern in Differenzen, die schließlich zum Streik führten. Herr Kufeke weigert sich beharrlich, mit den Arbeitern zu verhandeln. Vom Gewerkschaftskartell in Bergedorf ist deshalb über die Firma der Boykott verhängt worden. Wir werden deshalb ersucht, unseren Lesern dies abermals mitzuteilen.

Arbeiterrisiko. Sonnabend morgen gegen 8 Uhr erlitt der bei der Firma A. Holst Wwe. beschäftigte Kutscher Barner auf der Geniner Ziegelei einen schweren Unglücksfall. Er wollte, auf seinem beladenen Wagen sitzend, die Ziegeleiräume verlassen. Da dieselben sehr niedrig sind, bückte er sich, kam jedoch mit dem Genick unter das Ausfahrtstor und wurde so schwer verletzt, daß er sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Das Schwurgericht wird sich am 22. April mit den Fisahnschen Unterschlagungen zu beschäftigen haben. Als Geschworene wurden am Sonnabend ausgelost: Hofbesitzer Heinrich Wulf, Kieckbusch, Kaufmann Karstens, Lübeck, Hufner Heinrich Wulf, Pansdorf, Hofbesitzer Bues, Masenfelde, Kaufmann Johann Paul Erasmi, Kaufmann Friedrich Lankau, Lübeck, Hufner Heinrich Burmeister, Schwienkuhlen, Kaufmann Johannes Dräger, Architekt Wilhelm Glogner, Kaufmann Albert Saur, Lübeck, Hufner Hans Hass. Gr.-Parin, Gutsbesitzer Weber, Dunkelsdorf, Kaufmann Karl Köhncke, Kaufmann Heinrich Raup, Brauereibesitzer Heinrich Lück, Lübeck, Kassierer Karl Fick, Schwartau, Kaufmann Arthur Scharff, Ingenieur Wilhelm Beth, Kunstgärtner Paul Melzer, Landmesser Friedrich Aewerdieck, Brauer Heinrich Wilcken, Schmiedemeister Ludwig Neckels, Lübeck, Oberförster Elle, Carlshof, Konsul und Kaufmann Hans Eichenburg, Lübeck, Hufner Friedrich Wulff, Holstendorf, Ökonomierat Eckhoff, Kaufmann Gustav Wilhelm Heinrich Max Boye, Inspektor Oberländer, Kaufmann Friedrich Wilhelm August Koch, Drechslermeister Samuel Wilms, Lübeck. — Arbeiter werden unsere Leser — wie gewöhnlich — in der Geschworenenliste vergeblich suchen!

pb. **Kindesraub.** Am 7. März 1904 ist in Hannover von einer Witwe ein Kind männlichen Geschlechts geboren worden. Der Knabe soll kräftig entwickelt gewesen sein und dunkles Haar gehabt haben. An demselben Abend noch wurde das Kind an eine unbekannte Frauensperson, welche sich Frau Lehrer Fricke nannte und als ihre weitere Adresse: „Blankenese, Mittelweg Nr. 64" angab, zu eigen bezw. zur Pflege übergeben. Die Person hat das Kind, welches in ein graues Wolltuch eingewickelt war und eine hellblaue Wollmütze auf dem Kopfe trug, mitgenommen und ist seither nicht aufzufinden gewesen. Zugleich nahm die Unbekannte ein halblanges schwarzes Cape von der Kindesmutter mit, worunter sie den Knaben nahm. Die Unbekannte war schon vorher seit Ende Februar einige Male bei der Kindesmutter gewesen, hat sich also um jene Zeit öfters in Hannover, vielleicht dauernd, aufgehalten. Sie hat in einem am 2. April 1904 in Hannover zur Post gegebenen Schreiben an die Kindesmutter mitgeteilt, daß sie sich zur Beerdigung einer auf der Treppe verunglückten kleinen Nichte in Hannover befände. Am 2. April 1904 soll ein junger Mann, anscheinend Geschäftsdiener, hier in einem Hause am Taubenfeld nach einer nicht im Hause wohnenden Familie gefragt haben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Mann Auskunft über die unbekannte Frauensperson geben kann. Aber auch dieser Mann ist bisher nicht zu ermitteln gewesen. Nach dem abgegebenen Signalement hat die angebliche Frau Lehrer Fricke Ähnlichkeit mit einer angeblichen Frau Lehrer Denecke, auch Dennecke, die sich in Hannover am 18. Mai 1906 zwischen 8 und 9 Uhr abends das von einer anderen Witwe am 14. März 1906 außerehelich geborene Kind weiblichen Geschlechts zur Adoption geben ließ und über deren Verbleib sowie den Verbleib des Kindes gleichfalls bisher nichts ermittelt werden konnte. Es wird ersucht, nach der unbekannten Frau, angeblich Frau Lehrer Fricke, sowie den jetzt 3 bezw. 1 Jahr alten Kindern Nachforschungen anzustellen und im Ermittelungsfalle zu den diesseitigen Akten J. Nr. II 7653 oder zu den Akten der Staatsanwaltschaft Hannover 5. 4. J. 651/04 Nachricht zu geben. Signalement der angeblichen Frau Lehrer Fricke bezw. Denecke auch Dennecke. Alter: 30—35 Jahre, Größe: 1,66—1,68 Mtr., Statur: schlank, Haare: mittelblond, Augenbrauen: blond. Nase: gewöhnlich, Mund: gewöhnlich, Zähne: anscheinend gesund, Kinn: rund, Gesicht: ziemlich voll, Gesichtsfarbe: blaß. Sprache: deutsch, etwas heiser, stößt mit der Zunge an, Kleidung am 7. März 1904: dunkelgesprenkelter Kleiderrock, grangesprenkelter halblanger Paletot, grauer runder Filzhut mit Pompons, ein anderes Mal schwarzer Trauerkapothut.

pb. **Diebstahl.** Am 25. März abends wurden aus der Küche eines an der Marlistraße belegenen Hauses ein Porzellankuchenteller, 1 Tischmesser, ein Glasbehälter mit eingemachten Birnen und ein Kuchen gestohlen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am Sonntag, den 7. d. Mts., in der Zeit von 12—3 Uhr nachmittags ist vom Flur des Hauses Königstr. Nr. 73 ein Fahrrad Marke „Panther" mit schwarzem, sehr hohem Gestell, Freilauf mit Rücktrittbremse und nach oben gebogener Lenkstange gestohlen worden.

pb. **Bei einem Brande erstickt.** Am Sonntag, den 7. d. Mts., morgens gegen 5 Uhr, wurde die Feuerwehr nach dem Hause des Schänkwirts Jürss, Engelsgrube 67, gerufen, woselbst in der im ersten Stock belegenen, von dem 87 jährigen Vater des Jürss bewohnten Wohnung aus nicht mit Sicherheit festzustellender Ursache ein Stubenbrand entstanden war. Vorübergehende Arbeiter von der Straßenreinigungs-Kolonne bemerkten den Rauch, weckten den Hauseigentümer, und drangen mittels einer Leiter durch ein Fenster in die Wohnung, woselbst sie den alten Jürss bewußtlos auf dem Fußboden liegen fanden. Mit Hilfe der herbeigekommenen Feuerwehr wurde der Ohnmächtige in ein gegenüberliegendes Haus gebracht. Es gelang aber nicht, ihn am Leben zu erhalten da die Rauchvergiftung schon zu weit vorgeschritten war.

pb. **8 Pfund Butter gestohlen.** Am 6. ds. Mts. vormittags zwischen 11 und 12 Uhr wurde einem Butterhändler von seinem am langen Lohberg haltenden Wagen ein weißer Spahnkorb mit 6 halben und 4 ganzen Pfunden Butter gestohlen.

pb **Unzüchtige Handlungen an Kindern.** Festgenommen wurde ein Kutscher eines Milchhändlers wegen Verbrechens nach § 176³ R.-St.-G.-B.

Hamburg. Ein Großfeuer zerstörte am Sonnabend einen erheblichen Teil der aus Kopra bestehenden Ladung des im hiesigen Hafen liegenden norwegischen Segelschiffes „Endymion". Mit großer Mühe gelang es, den Brand zu löschen.

Hamburg. Der „Simplicissimus" vor Gericht. Vor Gericht, nicht auf der Anklagebank. Wer dort gesessen hat, das zu beurteilen überlassen wir unseren Lesern. Wir knüpfen auch keine Kritik an das Urteil, das über den Redakteur des „Simplicissimus" drei Monate verhängte. Eins aber drängt sich uns mit Allgewalt auf. Die Erinnerung an den Ausspruch der anläßlich der Hafenarbeiter-Aussperrung 1896 und des Chinakrieges gefallen war, und der die ausgesperrten Hafenarbeiter als „Vaterlandslose Gesellen" bezeichnete. Der Privatkläger Woermann fühlte sich durch die Satire beleidigt. Er und auch das Gericht nimmt sie wörtlich und faßt darauf, obwohl keine Satire wörtlich zu nehmen ist. Sie sind alle, wie die Verteidiger Gulbrassons treffend nachwiesen, Fiktionen, und nur der Gedanke kommt in Betracht, der im Leser bestimmte Vorstellungen erweckt. So auch in diesem Falle. Es sollte, wie schon in vorhergehenden Satiren, die sich mit der Woermann-Linie beschäftigen, beleuchtet werden, daß die Woermann-Linie aus dem Vertrag mit dem Deutschen Reich einen ungeheuren Profit zieht oder richtiger „zog", denn nun „zieht" sie ja nicht mehr. Der Vertrag ist ja, wie auch der Verteidiger Herr Haußmann anführte, von dem Kolonialamt bei Sanierung der Verhältnisse gekündigt worden, und die Woermann-Linie hat noch, wie damals durch die Presse ging, einen beträchtlichen Posten zu viel gezahlter Gelder zurückzugeben. Es hat wohl auf keinen der Anwesenden den Eindruck verfehlt, als Herr Haußmann, der Verteidiger, zu Herrn Woermann gewendet sagte, man solle doch von einem gebildeten, vornehm denkenden Mann annehmen, daß er sich die weniger umfassende Kenntnis und den Mangel an Erfahrung der Regierungsvertreter in solchen Dingen nicht zu nutze mache. Der Anwalt Woermanns sprach von dem hohen nationalen Verdienst, das Herr Woermann sich um das Reich erworben — wohlgemerkt: das Verdienst, nicht den, von dem sprach später Herr Haußmann. Er führte an, daß bei Swakopmund ein Schiff sechs Monate gelegen habe, das pro Tag 800 Mk. Liegegeld habe zahlen müssen. Die Woermann-Linie habe dem Deutschen Reich 36 Pfg. Liegegeld pro Tag und Tons angerechnet, während sie sonst 20 Pfg. rechne. Das sei das hohe nationale Verdienst, zu dem die deutschen Steuerzahler — die „vaterlandslosen Gesellen" gehören auch dazu — ihre Taschen haben öffnen müssen. Es sei das Recht eines jeden Steuerzahlers, an solchen Dingen Kritik zu üben. Wie, das sei die Sache jedes einzelnen. Die Redakteure des „Simplizissimus" seien auch Deutsche, und hätten durch ihre Kritik ihre Interessen vertreten. Der Anwalt Herrn Woermans behauptete natürlich, die Ausführungen des gegnerischen Anwalts über den Profit, den die Woermann-Linie aus den Verträgen mit dem Deutschen Reich erzielte, seien von Anfang bis Ende unwahr. Er sagte aber auch — es war ein Antrag Haußmanns eingegangen, die Verträge zur Einsicht vorzulegen — „es fällt uns gar nicht ein, die Verträge vorzulegen". Wie soll sich denn da feststellen lassen, ob die im „Simplicissimus" angeführten Gedanken auf Wahrheit oder Unwahrheit beruhen? Das Gericht ließ die Satire außer acht und faßte nur auf dem Wortlaut, und da konnte die Woermann-Linie allerdings beweisen, daß der Transport gefallener Krieger kostenlos erfolgt sei.

Hamburg. Zur Aussperrung der Schauerleute. Die Zahl der Arbeitswilligen nimmt jetzt erheblich ab. Es sind Freitag mit den englischen Dampfern „Retford" 110, „Silvia" 94, „Nottingham" 21 nach Grimsby und Liverpool und „Vesta" 38 nach London abgegangen. Sonnabend morgen befanden sich auf den zehn Kaiernenschiffen 1438 Deutsche und Engländer. Hiervon sind 247 Mann erkrankt durch Prügelei oder angestrengte Arbeit. Ferner weigerte sich wiederum eine große Anzahl der Arbeitswilligen, zu arbeiten, worauf sofort 40 Engländer abgesondert wurden, die Sonnabend abend mit dem Dampfer „Virgo" nach London abgingen. Auf dem Seemannshause sind 38 neue Arbeitswillige angenommen worden. Deutsche Arbeiter scheint man nicht mehr zu bekommen, denn es sind nur sehr wenige hier angekommen. Von England erwartet man jedoch noch einige Zufuhr. In London läßt sich noch immer Gesindel anwerben, um die 20 Mark Handgeld zu bekommen. Es sind schon mehrere Male dieselben Leute zurückgekommen, die man von hier abgeschoben hat, weil sie nicht arbeiten wollten. Den Leuten ist es nur um das Handgeld, aber nicht um die Arbeit zu tun. Sonnabend morgen sind etwa 3500 Arbeitswillige zur Arbeit gegangen und ist Freitag auf 63 Schiffen nachgearbeitet worden. Auch sind jetzt endlich einige Dampfer und auch Segelschiffe fertig zur Ausreise geworden, so daß sich die Zahl der Schiffe etwas verringerte. Wir hatten Sonnabend 279 Dampfer und 54 Segelschiffe im Hafen liegen. 30 Mann aus Rostock, die auf dem Dampfer „Schaumburg" logiert hatten, sind auf ihre eigenen Kosten wieder von hier nach der Heimat abgereist. Die Leute behaupten, daß viele Leute an Bord der Schiffe sind, die gerne nach ihrer Heimat zurück wollten, jedoch von Polizeibeamten zurückgehalten werden. Sonnabend abend fand eine gründliche Reinigung der Arbeitswilligen und der Schiffe statt. Die ganze Strecke um die Kuhwärderhäfen war von reitenden und Fußschutzleuten abgesperrt. Die einzelnen Trupps wurden nach der Reparaturwerkstatt der Hamburg-Amerika-Linie geführt; dort mußten sie sich in der Segelmacherwerkstätte entkleiden und kamen in einen Raum, wo große Kübel mit Wasser, Seife und Bürsten in Masse vorhanden waren. Unter Aufsicht der Oberleitung erfolgte die Abseifung. Die Kleider kamen sofort bündelweise in einen Desinfektionsofen und wurden ausgebrannt. Die Gereinigten konnten sich dann in eine wollene Decke einschlagen und mußten solange warten, bis das Zeug desinfiziert und das Ungeziefer getötet war. Die Menschen sind derartig verwahrlost, daß sie sich nicht mehr helfen konnten und Nachts keine Ruhe vor dem Ungeziefer finden konnten. Die Schiffe sind ebenfalls während der Abwesenheit der Arbeitswilligen von Kammerjägern gereinigt worden.

Schwerin. Der Dorfschulze als Hausfriedensbrecher und die mecklenburgische Justiz. In einer sozialdemokratischen Reichstagswählerversammlung in Lehmkuhlen (zweiter Wahlkreis), in der unser Genosse Starosson-Rostock referierte, verübte der Dorfschulze großen Radau. Er pflanzte sich unmittelbar vor Starosson auf und sang immer wieder: „Schmeißt ihn raus, den Juden Itzig", womit er wahrscheinlich einen besonders geistreichen Witz zu verbrechen glaubte. Genosse Starosson machte nun den Schulzen extra darauf aufmerksam, daß er (St.) das Hausrecht habe und der Schulze versuchen solle, ein anderes Benehmen an den Tag legen zu können. Der Ortsschulze lärmte aber immer weiter, so daß Starosson sich gezwungen sah, diesen Herrscher von Lehmkuhlen wiederholt zum Verlassen des Lokals aufzufordern. Der obrigkeitliche Hausfriedensbrecher entfernte sich aber nicht! Als dann Genosse Starosson zur Besprechung der Reichstagswahl übergehen wollte, machten die „Staatserhaltenden" einen so kräftigen Spektakel, daß der „überwachende" Gendarm die Versammlung auflöste. Gen. Starosson stellte nun Strafantrag gegen den Ortsschulzen wegen Hausfriedensbruchs. Der Amtsanwalt hat aber die Anklage gegen den Ortsschulzen abgelehnt, weil dieser nach seiner eigenen und zweier Gendarmen Aussage auf die Aufforderung, das Lokal zu verlassen, mehrere Schritte nach dem Ausgang zu zurückgegangen sei, dann aber durch andere in der Versammlung anwesende Personen gehindert worden sei, weiterzugehen!! — Ob ein Sozialdemokrat ebensoviel Glück beim Amtsanwalt gehabt hätte, wie der Dorfschulze von Lehmkuhlen? Bemerkenswert ist übrigens ein weiteres Moment. Nach Angabe des Amtsanwalts hat der Büdner Paradies bekundet, er habe überhaupt nicht gehört, daß Starosson den Schulzen zum Verlassen des Lokals, einer engen Scheunendiele, aufgefordert habe. Dabei fällt uns, schreibt die „Mecklenb. Volksztg.", das furchtbare Güstrower Schwurgerichtsurteil gegen den unglücklichen Genossen Holst-Wismar ein. Auf drei Jahre Zuchthaus erkannte das Gericht bekanntlich damals, weil H. einen Meineid geleistet haben soll, als er seinerzeit beschworen hatte, er habe nicht gehört, daß eine bestimmt bezeichnete Person einen Ruf ausgestoßen hat. Damals fiel auch der schlimme Ausspruch, Holst hätte den Ruf hören müssen und habe ihn gehört! Welch ein anderer Verlauf wäre derzeit im Prozeß gegen Holst möglich gewesen, wenn den Geschworenen der Büdner Paradies aus Lehmkuhlen, der eine mit lauter Stimme wiederholt in seiner allernächsten Nähe ausgesprochene Aufforderung überhört, als Beweis für die innere Wahrscheinlichkeit der Holstschen Bekundung hätte vorgeführt werden können! Holst aber mußte ins Zuchthaus wandern, weil die Richter ihm seine Darstellung nicht abnahmen.

Rostock. Die Wirkung der neuen Wahlrechtsbestimmungen wird sein, daß ein „Bürger" der zweiten Klasse ein 2½- und der „Bürger" der ersten Klasse ein 5mal so großes Wahlrecht hat, als ein „Bürger" der dritten Klasse. Und da wagt man es, von „Gerechtigkeit" zu reden.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Der 33 Jahre alte Rechtsanwalt Dr. Simon in Alt-Moabit ist erstickt, wahrscheinlich beim Essen von Nüssen. Dr. Simon hat früher einmal für den Reichstag kandidiert.

Potsdam. In Klein-Glienicke auf dem Bauhofe der Teltower Kanalschiffahrt ereignete sich bei der Reparatur des Motorbootes „Brück" eine Explosion. Der Schiffsführer Kersten wurde durch die ausströmenden Gase über Bord geworfen. Er wurde als Leiche aus dem Wasser gezogen.

Braunschweig. Aus Furcht vor einer Strafe wegen Diebstahls hat sich die Frau des Arbeiters Jägermann mit ihrer vierzehnjährigen Tochter und ihrem halbjährigen Söhnchen in der Oker ertränkt. Die Leichen wurden gefunden.

Koburg. An Blutvergiftung starb in Staffelstein die Ehefrau des Fabrikanten Keller. Sie hatte ihr verstorbenes Kind geküßt und sich dabei mit Leichengift infiziert.

Halle a. S. Bei Schwarza überfuhr ein Eisenbahnzug die siebzehnjährige Tochter und das vierjährige Söhnchen des Mühlenbesitzers Nestler. Der Zustand der Geschwister ist hoffnungslos.

Köln. Auf entsetzliche Weise kam der Rentner Broich in Siegorte Fernegierscheid zu Tode. Durch die Unvorsichtigkeit einiger Kinder war ein Waldbrand entstanden, der auf die Parzellen seines Bruders überzuspringen drohte. Broich schickte sich an, die Flammen zu bekämpfen, als er einen Ohnmachtsanfall erlitt und in die Glut stürzte. Broichs vollständig verkohlte Leiche wurde später auf der Brandstätte vorgefunden.

Köln. Wüste Schlägereien zwischen italienischen Arbeitern und Soldaten haben sich in dem niederrheinischen Orte Lintorf abgespielt. Etwa 20 Italiener fingen mit auf Urlaub befindlichen Soldaten Streit an, in dessen Verlauf die Italiener mehrere Revolverschüsse auf die Soldaten abfeuerten. Darauf zogen diese blank und verwundeten vier Italiener so schwer, daß sie in das Krankenhaus geschafft werden mußten. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Mannheim. Die Zeugnisfolter wegen des staatsgefährlichen Schnupftabaks. In dem Zeugniszwangsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme", Geck, wegen Ermittelung des Verfassers eines Artikels in der Faschingsnummer „Schnupftabak" hat das Landgericht die Beschwerde des Angeklagten gegen die Zeugniszwangshaft abgelehnt. Geck muß nunmehr die Strafe antreten.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 6. April.

Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. — 1,20 Mk., Hasen —,— Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2—2,50 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stck. 0,60, Mk., Gänse Pfd. — — Mk., Fleckgans 2,— Mk., Schweinskopf Pfd. 0,55 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,00 Mk., Wurst Pfd. 1,30 Mk., Eier 10 Stck. 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,20—2,40 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk., Heringe genügend, Dorsche genüg., Brachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,50—0,60 Mk., Aepfel, beste Gravensteiner, pr. 100 Pfd. — Mk., verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirschen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 4,50 Mk., Kohl, 100 Pfd. 4,00 Mk. Süßwasserfische genügend.

Sternschanz-Viehmarkt
am 6. April.

Der Schweinehandel verlief gut.
Zugeführt wurden 2589 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere —51 Mk., leichte 51—52 Mk., Sauen 45—46 Mk. und Ferkel 46—50 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Die Neue Gesellschaft. Im Äußeren umgestaltet, im Format handlicher, innerlich aber unverändert und von gleichem Geiste erfüllt, tritt die von Dr. Heinrich Braun und Lily Braun herausgegebene Wochenschrift „Die neue Gesellschaft" vor ihre Leser. Das soeben erschienene Heft 1 des 4. Bandes hat folgenden Inhalt: An die Leser! — Eduard David: Neue Binnenzölle. — Albert Südekum: Dernburg der Sparer. — Glossen: Der Sultan. — E. L. Prütz. — Der Theoretiker der Selbstherrschaft. — Das Vandalentum der Ära Studt. — Ernst Schur: Nordische Kunst. — Leo Berg: Berliner Theater. — Franziska Mann: Das kleine Lehrfräulein. Verlag Berlin W. 15, Pfalzburgerstraße 12. Preis für das Einzelheft 20 Pf., pro Quartal 2,50 Mk. Probeheft kostenfrei.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Mädchens zeigen hocherfreut an

Georg Stark u. Frau, geb. Koch.

Lübeck, den 6. April 1907.

Dietrich Mester
Frieda Mester,
verw. Sager, geb. Meister,
Vermählte.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten danken herzlich

D. O.

Gesucht zum 1. Juli eine Zweizimmerwohnung mit Küche und Zubehör, am liebsten vorm Burgtor, im Preise von 150—160 Mk. Off. u. A S an die Exped. d. Bl.

Weinflaschen zu kaufen ges.
Attendornstraße 32, I.

Empfehle meinen

Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Salon.

Marlistr. 42c. W. Benthin.

Barbier und Friseur.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeit., Fünfhaus. 13

Für Hausstandslumpen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahle höchste Preise. Bitte Postkarte.

Waisenhofstraße 25.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meierei-Butter kostet Pfund 1,20 Mark.

Misch-Kaffee

aufschmeckend und kräftig
Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung
Fernspr. 149. Breitestr. 54.

Scheren

für

Schule u. Haus

empfiehlt

Diedrich Tesschau

Lübeck, Breitestr. 27.

Messer & Waffen.
Ausbessern & Schleifen

Die Buchdruckerei

von

Friedr. Meyer & Co.

LÜBECK

Johannisstr. 46 • Johannisstr. 46

empfiehlt sich zur

Herstellung sämmtlicher Buchdruckarbeiten

in ein- und mehrfarbigem Druck.

Verlag des „Lübecker Volksbote".

Anfertigung von

Plakaten
Broschüren
Flugblättern
Statuten
Mitgliedskarten
Eintrittskarten
Programmen
Festliedern.

Anfertigung von

Briefbogen
Kouverts
Rechnungen
Quittungen
Mitteilungen
Adresskarten
Zirkularen
Visitenkarten.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Herrenburger Landbrot
empfiehlt
Thomas Jürgensen
Heinrichstraße 40.

Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 10. April,
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung.
2. Statutenberatung.
3. Vortragsabende.
4. Innere Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen
und verw. Berufsgenossen Deutschl.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, den 9. April
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstrasse 46-52.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Sterbekasse „Fidelitas"
für Männer und Frauen.

Ordentliche General-Versammlung
am Montag, den 15. April,
abends 9 Uhr
in den Central-Hallen.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom verflossenen Halbjahr.
2. Vorstandswahl laut § 13.
3. Anträge.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht

Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 10. April 1907,
abends 8 Uhr

im Kolosseum:

29. Volkstüml. Konzert

(Orchester 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solist: Hr. Konzertmeister **Otto Bergt** (Violine).

Zur Aufführung kommen u. A.:
Ouverture zu „Prometheus" L. v. Beethoven.
Einzug der Gäste auf der Wartburg R. Wagner.
Ouverture zu „Das Nachtlager von Granada" K. Kreutzer.
Potpourri aus „Die Fledermaus" J. Strauß.

Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

Nur noch 4 Tage.
Im Hansa-Theater

Größt. phant. OLYMPIA-THEATER Größt. der Welt

Heute 8 Uhr: Brillante Vorstellung.
Täglich ausverkauftes Haus.
Großer Erfolg d. eigenartig. Programms vom **Anfang** bis zum **Ende.**

Jedes Heft ist reich illustriert!

Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von **Hugo Schulz.**

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen **„Kulturbilder".** In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschheit gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwickelung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. **Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder** und **Waffengattungen** sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. — Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46,**
sowie deren Kolporteure und Austräger.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 81. Montag, den 8. April 1907. 14. Jahrg.

Der Kampf in der Holzindustrie.

In Dresden hielt, wie schon kurz gemeldet, am Mittwoch der Arbeitgeber-Schutzverband für das Holzgewerbe eine Hauptversammlung ab, die stark aus allen Teilen Deutschlands besucht war. Der Berliner Obermeister Rahardt betonte in seiner Eröffnungsrede, die Arbeitgeber seien durch das terroristische Vorgehen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zur Aussperrung gezwungen worden. Die Aussperrung sei für die Meister nötig geworden nicht etwa um geringfügiger Lohndifferenzen wegen, sondern lediglich deshalb, um ihre Macht und ihr Ansehen zu schützen. Dadurch hat der Berliner Hauptmacher der Aussperrung selbst bekundet, daß es sich für die Unternehmer nur um eine frivol vom Zaune gebrochene Machtprobe handelt. — Derselbe Herr teilte alsdann noch mit, daß gegenwärtig in 14 Städten 18 000 Holzarbeiter ausgesperrt seien. Dazu seien noch Aussperrungen in Dresden, Leipzig, Halle, Spandau und Bernau gekommen; am 15. April und 1. Mai würden Guben, Oldenburg, Barmen und Görlitz folgen.

Alsdann hielt Stöckel aus Berlin eine echte Scharfmacherrede, in der er behauptete, die Aussperrung sei von den organisierten Holzarbeitern vom Zaune gebrochen worden. Obwohl die Löhne weit höher gestiegen seien wie die Lebensmittelpreise, forderte der Holzarbeiter-Verband immer mehr. Für die Arbeitgeber handele es sich tatsächlich bei der Aussperrung um einen Kampf um Existenz und Standesehre. Der Schutzverband werde alles daran setzen, den begonnenen Kampf durchzuführen.

Der wahrheitsliebende Vorsitzende Rahardt teilte sodann noch mit, daß in Berlin 750 Betriebe an der Aussperrung beteiligt seien, die 13 000 Arbeiter ausgesperrt hätten. Der durchschnittliche Tagelohn habe in Berlin 5,45 Mk. bei einer täglichen Arbeitszeit von rund 8 Stunden betragen. Nirgends habe eine längere als zehnstündige Arbeitszeit bestanden. Die Gehilfen wollten aber immer noch mehr haben. Die Arbeitgeber sollten sich auf keinerlei Konzessionen mit den Ausgesperrten einlassen, vor allem aber die Arbeitszeit nicht noch weiter verkürzen. Die Arbeiter würden immer übermütiger. In Berlin sei der paritätische Arbeitsnachweis zum Terrorismus gegen die nicht dem Holzarbeiter-Verbande angehörigen Arbeiter mißbraucht worden. In seiner zweiten Hetzrede wies der Berliner Obermeister ferner auf die angeblich wohlgefüllte Kasse des Holzarbeiter-Verbandes hin. Sollte die Aussperrung siegreich durchgeführt werden, müßten auch die Arbeitgeber Opfer bringen. Zunächst sollten durch freiwillige Sammlungen Mittel aufgebracht werden. Sammellisten seien schon in allen Bezirken im Umlauf. Es seien auch schon Mittel eingezogen; dennoch werde es unbedingt nötig sein, den Vorstand des Schutzverbandes zu ermächtigen, eine Anleihe aufzunehmen.

Die weitere Verhandlung ergab aufs neue, daß die Scharfmacher bei der Aussperrung in Berlin sitzen. In den übrigen Städten herrscht nur bei einem Teile der Holzgewerbetreibenden Aussperrungseifer. Es ergab auch die Debatte, die sonst belanglos war, daß außerhalb von Berlin bei den Tischlermeistern keine große Neigung besteht, die Kastanien für die Berliner Scharfmacher aus dem Feuer zu holen.

Bei der Durchführung der Aussperrung sollen den Vorschlägen des Vorstandes vom Schutzverband gemäß folgende Maßnahmen getroffen werden: 1. Wöchentliche Kontrolle jedes Betriebes; 2. wöchentliche Versammlungen; 3. Errichtung von Auskunftsbureaus in allen Aussperrungsorten; 4. Nichtaussperrung aller nichtorganisierten und Hirsch-Dunckerschen Holzarbeiter. — Leider sei es nicht möglich, die christlichen Holzarbeiter von der Aussperrung auszuschließen, weil diese sich mit dem Holzarbeiter-Verband solidarisch erklärt hätten.

Sodann verhandelte man über die Aufnahme einer Anleihe für den Aussperrungsfonds. Der Vorstand schlug vor, ihn zu ermächtigen, 100 000 Mk. aufzunehmen; auf Vorschlag des Reichstagsabgeordneten Pauli-Potsdam wurde aber beschlossen, eine Anleihe bis zum Betrage von einer Million aufzunehmen und vorläufig davon 300 000 Mk. frei zu verwenden. Ein Berliner Scharfmacher meinte, angesichts dieses Bewilligungseifers sei es eine Lust zu leben.

Schließlich wurde eine von Pauli-Potsdam eingebrachte Resolution folgenden Wortlauts angenommen:

> Die am 3. April in Dresden tagende außerordentliche General-Versammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe erklärt sich mit der bisherigen Taktik des Zentralvorstandes in dem augenblicklichen Lohnkampfe mit der Organisation des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nach jeder Richtung hin einverstanden und spricht demselben für die bisherige aufopfernde Tätigkeit den wärmsten Dank aus. Die Forderungen der Arbeiter werden von der General-Versammlung wiederholt als unerfüllbar erklärt und erwartet die Versammlung von den Kollegen in Berlin und den übrigen der in Betracht kommenden Städte, daß diese ungerechten Forderungen auch in Zukunft nicht nur im eigenen, sondern auch im Interesse des gesamten deutschen Holzgewerbes mit größter Energie zurückgewiesen werden. Die General-Versammlung verpflichtet sich einmütig, die in der Bewegung stehenden Kollegen nicht nur nach jeder Richtung hin moralisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Die Versammlung ermächtigt den Zentralvorstand, um eine tatkräftige Unterstützung gewähren zu können, ein Darlehen von einer Million Mark aufzunehmen, für welche alle Bezirksverbände pro Mata der beschäftigten Arbeiter Bürgschaft übernehmen.

Zur Maifeier wurde vorgeschlagen, jeden feiernden Arbeiter drei Tage lang auszusperren. Pauli-Potsdam offenbarte sich aufs neue als Scharfmacher. Er schlug vor, der Arbeiter, der den 1. Mai feiere, dürfe solange nicht wieder eingestellt werden, bis die Tarifverträge in sämtlichen Städten abgeschlossen seien. Ein Redner warnte davor, die Situation auf diese Weise noch zu verschärfen und ersuchte, den Dessauer Beschluß, wonach die Aussperrung wegen der Maifeier drei Tage dauern solle, hochzuhalten. Schließlich wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen:

> Wenn eine Mehrzahl von Arbeitern in einem Bezirksverbande feiert, soll dem betreffenden Verbande freigestellt sein, über den Dessauer Beschluß hinaus zu gehen. Geschieht das, so erkennt die Generalversammlung die Berechtigung des Bezirks zu seiner Maßnahme an.

Damit war die Tagesordnung erledigt und die Scharfmacher begaben sich zum Mittagessen.

Ueber den Stand der Aussperrung wird gemeldet: In Berlin und den Vororten betrug die Zahl der Streikenden und der Ausgesperrten 5600. In Leipzig sind jetzt 834 Mann in 56 Betrieben ausgesperrt. Auch in Dresden hat die Aussperrung bisher nur geringen Umfang angenommen. Bis Donnerstag vormittag hatten sich im Bureau der Holzarbeiter 249 Ausgesperrte aus 32 Betrieben gemeldet. In 71 Betrieben mit 968 Gehilfen ist gegenseitig vereinbart worden, weder auszusperren noch Forderungen zu stellen. In der Bau- und Möbeltischlerei in Dresden sind noch gegen 300 weitere Gehilfen beschäftigt, von denen bisher noch nichts bekannt geworden ist. Auf dem Arbeitsnachweis waren am 2. April 98 Arbeitslose aus allen Branchen eingeschrieben. Im Jahre 1905 waren zur gleichen Zeit auf dem Arbeitsnachweise über 400 Arbeitslose eingetragen. Die bisherige Gesamtzahl der Ausgesperrten und Arbeitslosen erreicht noch nicht den Arbeitslosenstand vom Frühjahr 1905. In Halle hapert es mit der Aussperrung genau so wie in Dresden, es sind dort im ganzen 139 Gehilfen ausgesperrt worden. Weiter sind noch in Görlitz und Spandau Gehilfen ausgesperrt worden.

Der Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberbund für das Holzgewerbe verschickt ein vertrauliches Pump-Zirkular, in welchem unter anderem folgendes Klagelied angestimmt wird:

> „Nachdem nun der Bestand der Zentrale für Unterstützungen an die Arbeitgeber aufgebracht ist, und die von dem Ortsverband Berlin aufgebrauchte Summe von 500000 Mark zur Neige geht, ist es erforderlich, um den Kampf mit dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband siegreich zu Ende zu führen, daß für neue Mittel gesorgt wird. Zur Fortführung und erfolgreichen Beendigung des Streiks ist noch mindestens eine Summe von 150—200000 Mark erforderlich. Die Zentralverwaltung ersucht nun die Ortsverbände, diese Summe durch freiwillige Gaben zu decken, und gibt uns anheim, auch die Großindustrie um Beiträge zu bitten. Es sind auch bereits in Köln und Düsseldorf zusammen mehr als 12000 Mark gezeichnet und abgeführt worden. Ein entsprechendes Rundschreiben an die Großindustrie ist seitens des Vorstandes des Ortsverbandes abgesandt worden. Die Zeichnungen von freiwilligen Gaben seitens der Mitglieder ist dringend notwendig. Wir bitten daher um umgehende gefl. Mitteilung, ob Sie zur Zeichnung eines freiwilligen Betrages bereit sind. Jeder kleinste Betrag wird dankend angenommen."

Also, ihr Tischlermeister, tut Geld her, damit die Scharfmacher mit ihren tollen Aussperrungen noch mehr verpulvern können!

Eine moderne Schlachterei-Anlage.

Wir lesen im „Hamb. Echo":

In nicht allzuferner Frist wird der „Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion" seine auf dem Grundstücke in der Wendenstraße errichtete Großschlachterei in Betrieb nehmen können.

Außer dem Wunsche der Mitglieder, durch Eigenproduktion sich auch den Bezug von Fleisch- und Wurstwaren zu verbilligen, war es auch das Bestreben, in einem Arbeiterinstitut vorbildliche Einrichtungen für den Schlachtereibetrieb zu schaffen, welches die Verwaltung veranlaßte, eine eigene Schlachterei zu errichten. Der Streik der Schlachtergesellen nötigte sie seinerzeit zu einer rascheren Ausdehnung dieses Betriebszweiges, als ursprünglich in ihrer Absicht lag. Ihr werden ja häufig durch manchmal fast elementare Ereignisse und Bewegungen Aufgaben gestellt, deren Lösung nicht immer ganz einfach ist. In vorliegendem Falle waren die Schwierigkeiten ganz besonders groß, da es sich um ein bisher ziemlich unbekanntes Gebiet handelte, die erste Zeit recht viel Probieren und Experimentieren erforderte, und trübe Erfahrungen verschiedenster Art naturgemäß nicht ausblieben. Dennoch entwickelte sich die Sache allen Pessimisten zum Trotz recht günstig. Die Zeit brachte die praktische Erfahrung und den Fortschritt. Während im Jahre 1904 in eigener Regie 1650 Schweine geschlachtet wurden, waren es 1905 schon 1917, auch wurde versuchsweise zur eigenen Schlachtung von Rindern und Kälbern übergegangen. Im verflossenen Geschäftsjahre wurden dagegen in eigener Regie

Ende gut, alles gut.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

10. Fortsetzung.

Michel, wie der Leser schon gesehen, war hintendrein immer um ein Gutes klüger als vorher; er machte sich seine Erfahrungen in Wahrheit zu nutze, er ging vorwärts, und es war darum keineswegs an der Durchbildung seines Verstandes zu verzweifeln, wenn man ihm nur Zeit gab, die hierzu nötige Zahl von Erfahrungen zu machen. Das ist aber eben das Schlimme bei dieser gründlichen Art der Entwicklung, daß man oft gewisse Einsichten erst zehn Jahre später erlangt, als wo man sie brauchte, und unter solchen Verhältnissen gar vieles unwiderbringlich verloren bleibt.

„So a G'legenheit", murmelte der Bursche vor sich hin. „Moets so guet mit m'r, richt't mer's na' — a'n oenzengs Wöartle, ond mei' wär's! — Ond ih ben so hihra'dippleng und verreiß 'r d's Halstuech! Noe", und er brach selber in ein Lachen aus, „so 'n oefältenga Menscha' gibt's en der Welt nemmer! Des ist gar net möglich! — Natürlich isch wüadeng woara', des begreift se — über so'n Esel! Die möcht' i oh seha', die doh d'Geduld net verliera' dät!"

Er versank in tiefes Nachdenken. „'s ist verloara'", begann er aufs neue, „ganz ond gar verloara'! So'n domma' Menscha' muß ma verachta', 's got net anderst; ond wo amol koe Respekt mea' ist, doh hots mit d'r Liab a'n End! — O, i wott glei — —"

Er sprang auf, zog sich an und murrte dabei fortwährend über sich selbst. — Als er in die Stube trat und der Mutter Guten Morgen bot, sah ihn diese an und sagte: „Wie sikscht denn du ha'et aus? — Du host g'wihß gestert z'tief en d'Bitsch nei'guckt!" — Michel war froh, die Alte auf dieser Fährte zu sehen, und dichtete sich einen Katzenjammer an, obwohl mindestens das doppelte Quantum des gestern Getrunkenen erforderlich gewesen wäre, ihm eine Andeutung davon zu geben. „Ja", erwiderte er, „i ben a bißle z'weit ganga'! Aber", setzte er mit saurem Gesicht hinzu, „i hab' a Lear (Lehre) kriegt, ond wear me a'nandersmol hüeta'!"

Als er nach dem Frühstück aufs Feld hinausging, dachte er: „Jetz nor alles ha'et, als dem Mädle net begegna'!" Er empfand eine grausame Scheu, das Gesicht zu sehen, das er sich nicht anders als höhnisch denken konnte und dessen bloße Vorstellung ihm schon einen Stich ins Herz gab. Unbehelligt kam er an seinen Acker, und froh über dieses Glück schnitt er rüstig in Gesellschaft seiner Mutter und einer Tagelöhnerin die zeitgemäße Gerste. Aber seine Furcht war doch eine Ahnung dessen, was kommen sollte! Da sie den Acker noch fertig schneiden wollten, so gingen sie erst spät zum Mittagessen heim. Michel blieb in Gedanken zurück, und wie er in die Gasse einlenkte, kam ihm die Gret entgegen. Er erschrak und sein Gesicht zeigte eine so komische Mischung von Verlegenheit, Verdruß und Empfindlichkeit, daß das Mädchen, als er ohne zu grüßen an ihr vorüberschritt, sich nicht anders helfen konnte — sie mußte grad hinauslachen.

Es tat ihr unendlich leid, sobald es geschehen war. Sie fühlte, daß es jetzt zu Ende sei mit ihm, und daß ein Wunder geschehen müßte, wenn er ihr dieses Lachen verzeihen sollte! — Sie schalt sich selbst, wurde sehr ernsthaft und beruhigte sich endlich nur in dem Vorsatz; für jetzt sich zurückzuhalten und alles in Geduld zu erwarten.

Ihr Gefühl hatte sie nicht getäuscht. Michel war im tiefsten beleidigt. „I hab's ja g'wißt," sagte er schamerglühend zu sich selbst — „auslacha' wurd's me! — No, ietzsch isch aber verbei — ietz sig e's nemmer a' meiner Lebtag! I ben a'n Esel g'wesa', daß e denkt hab', sie hält doch ebbes auf mi! Wean ma' so auslacht, auf dean hält ma'n ebbes, jawohl! — Nia hot ma'n ebbes auf'n g'halta'!"

In seiner gerechten Entrüstung ging er zu dem Kameraden und erzählte ihm, was ihm passiert sei und was er nun denken müsse. Kaspar wollte die Schlußfolge Michels nicht gelten lassen; aber dieser machte ein Gesicht, daß er seine Einwendung gern fallen ließ und meinte: es könnte doch so sein! — Gewisse Leute finden immer Beistimmung.

Michel faßte den Entschluß, die Gret nicht nur ihres Weges gehen zu lassen, sondern gar nicht mehr an sie zu denken. Zunächst wurde er aber doch noch an sie erinnert. Seine Mutter erfuhr nämlich im Lauf der Woche von einem Nachbar, Michel sei am Sonntag beim Maurer und seiner Tochter gesessen, er sei recht „lebendeng" gewesen, und es habe just so ausgesehen, als ob ihm die Gret gefiele. — „Des gäb' a rechts Baar," hatte der Wohlwollende hinzugesetzt — „doh müsset 'r a bißle helfa'!" — Die Alte war sehr erfreut über diese Nachricht und nahm sich gleich vor, bei guter Gelegenheit auf den Busch zu klopfen und zum Zwecke zu reden.

Als sie einen Tag darauf nach dem Essen allein in der Stube waren, begann sie mit jenem Lächeln, das nur Müttern eigen ist, wenn sie auf eine ihnen genehme Liebschaft des Sohnes anspielen: „Des mueß ma' doch saga', d's Maurers Margret ist doch ietz d's erst' Mädle em ganza' Doraf! Wie die so g'schickt ist ond wie der alles aus der Ha'd got! 's ist wärle zum Verwondra'!" — Michel blieb stumm. — „No, ischt net wohr?" fuhr die Alte fort und sah ihn an. — „'s ka' sei'," entgegnete Michel. — „Die Geschwendne (Geschwindigkeit)," begann die Mutter wieder, „hab' e no' net leicht g'seha' bei 'm Mädle! Sie schafft für zwua (zwo, zwei)." — „Mei'daweg für drei!" versetzte der Bursche. Die Alte wollte aus dieser Antwort entnehmen, Michel schäme sich zu bekennen, und fuhr fort: „Wer die zom Weib kriegt, dem isch net g'fehlt — der hot's troffa' — noch mei'r Moeneng!" — „I wensch 'm Glück derzue," bemerkte der Sohn ohne aufzusehen und mit einem Ton, der der Alten doch befremdlich klang. „No, was host denn ietz?" rief sie; und lächelnd setzte sie hinzu: „Bist net amol aufrichteng mit dei'r Mueter? I will der's nor saga': die Great wär' a Mädle für dih, ond wann de a bißle om se rommacha' dätst —"

Michel sah auf mit unmutigem Gesicht. „Die Great," erwiderte er kurz, „wär die Letscht (Letzte), die i näam (nähme)!" — „Aber worom denn?" rief die erstaunte Alte. — „Weil's a'n Ohs ist," war die Antwort, „ond weil e's net leida' ka'!"

Die Mutter wollte ihren Ohren nicht trauen. „Aber du sollst de ja beim brauna Bier recht guet mit 'r onderhalta haba'!" — „Descht (das ist) a domma' Schwätzerei — weiter nex!" entgegnete Michel. Und indem alle Schmach, die er erfahren, in seiner Seele brannte, rief er mit Nachdruck: „Von deam Mädle red' m'r nex mea' — ih will nex von 'r höara'!" — Die Alte war bestürzt und schwieg einen Moment still. Dann sagte sie mit einem Klageton, der aus der Seele kam: „Aber sag' m'r nor, willst denn ietz bardub (partout) net heiricha? Magst denn gar koena'? Soll e meiner Lebteng koe Söhnere mea' ens Haus kriega'? — Dieser Ton traf den Burschen; — und da es die Mutter doch so gut meinte und vielleicht die einzige Person in der Welt war, die es gut meinte mit ihm, so ging er auf sie zu, nahm sie bei der Hand und sagte von Herzen: „Mueß

geschlachtet 2592 Schweine, 143 Ochsen, 108 Kälber. Betrug im Jahre 1905 der Umsatz der Schlachterei 411 978,23 Mark oder 12,39 Proz. des Gesamtumsatzes, so waren es im Jahre 1906 schon 601 003,79 Mk. oder 15,38 Proz., also fast 3 Proz. mehr.

Auf Wunsch der Mitglieder mußte die Verwaltung im vorigen Jahre auch dazu übergehen, auf Bestellung frisches Fleisch an die einzelnen Verkaufsstellen zu senden. Der Umfang dieser Lieferungen ist im raschen Steigen begriffen; er beträgt jetzt bereits vor Sonn- und Feiertagen über 1000 Einzellieferungen.

Solcher gewaltigen Betriebserweiterung konnten die vorhandenen Betriebsräume auf die Dauer nicht entsprechen. Nur unter großen Beschwerlichkeiten war es in letzter Zeit möglich, den rapide wachsenden Ansprüchen zu genügen. Deshalb vernotwendigte sich gebieterisch die Errichtung einer großen, zeitgemäßen und auf Zuwachs berechneten Schlachtereianlage. Als die Verwaltung einen darauf zielenden Beschluß faßte, war sie sich der großen finanziellen Tragweite und damit ihrer nicht geringen Verantwortlichkeit voll bewußt. Ein Zurück konnte es nicht mehr geben; und die Ergebnisse der letzten Zeit rechtfertigen anscheinend auch ihren beherzten Schritt vollauf.

Die Anlage wird eine imposante werden; alle Errungenschaften moderner Technik und Wissenschaft sind, soweit angängig und erforderlich, zu nutze gemacht worden.

Es werden eingestellt: 1 Dampfkessel von 40 qm Heizfläche und 7 Atmosphären Überdruck, 1 Dampfmaschine 40—50 PS, 1 Dynamo 30 KW, 1 Motor 20 PS, 1 Motor 10 PS, 1 Motor 5 PS, 3 Motore à 1 PS, vier Dampfkochkessel, 1 Schmalzkochkessel, 1 Knochenentfettungsapparat, 1 Wiegeapparat, 1 Fleischtiger, 1 Wolf, 1 Cutter, 2 Rohspeckschneider, 1 Knochensäge, 2 Wurstfüllmaschinen, 2 Fleischmengemaschinen, sowie eine moderne Luftkühl- und Gefrieranlage mit einem Nutzeffekt von 40 000 Calorien. Für den Transport im Innern des Gebäudes sind 1 hydraulischer und 1 elektrischer Fahrstuhl von je 500 Kilo Tragkraft vorgesehen. Hierzu kommen die bereits in Betrieb befindlichen Maschinen, u. a. ein siebenschneidiges Wiegemesser, drei Fleischzerkleinerungsmaschinen, ein Speckschneider, drei Wurstfüllmaschinen, davon zwei zu sechzig Pfund und eine zu 35 Pfund Inhalt, zwei Wurstkessel u. a. m.

Mit dem Betriebe ist noch eine Dampfwäscherei verbunden, in der eine Dampfwaschmaschine, eine Trocken-Zentrifuge und eine Dampfmangel zur Aufstellung gelangen.

Nachdem die Baupläne fertiggestellt waren, wurde am 5. September mit den Erd- und Rammarbeiten, am 13. Oktober mit den Beton- und am 10. Januar 1907 mit den Maurerarbeiten begonnen.

Das Schlachtereigebäude besteht aus Keller, Parterre und Bodenraum, sowie aus einem turmartigen, drei Stockwerke hohen Aufbau für Räucherei und Trockenräume. Es hat eine Frontlänge von 43,50 m und eine Tiefe von 22,21 m, im Keller, da ein großer Teil des Hofes unterkellert ist, 31,20 m. Die Höhe der Arbeitsräume beträgt 4 m, die der Räucherböden, 3,20 m.

Was die innere Ausstattung anbetrifft, so werden alle Arbeits-, Fleischkühl- und Lagerräume mit weißen Wandplatten bekleidet, um peinlichste Sauberkeit zu erreichen.

Der Betriebsgang wird in folgender Weise vor sich gehen: Das auf dem städtischen Schlachthof geschlachtete Vieh gelangt vom Hof auf mechanischem Wege in den Tranchierraum, hier wird es möglichst sofort tranchiert und dann in die Kühl-, Gefrier- und Pökelräume geschafft; von hier gelangen die zur Verarbeitung bestimmten Fleischsorten entweder in den Arbeitsraum für Dauerware oder vermittels hydraulischen Aufzuges in den im Parterre belegenen Dampfkochraum. Die zum Räuchern bestimmten Waren werden vermittels elektrischen Aufzuges in die einzelnen Trocken- resp. Räucherkammern befördert.

Für die fertigen Fleisch- und Wurstwaren befindet sich im Parterre ein großer Expeditions- und Lagerraum. Ebenfalls im Parterre belegen sind das Schlachtereikontor, die Frühstücksräume für Schlachter und Kutscher sowie die Wäscherei, in der die Arbeitskleidung der Betriebsarbeiter sowie die sonstigen Wäschestücke, die von der Verwaltung geliefert werden, gewaschen werden sollen.

Die Verwaltung hofft zuversichtlich, daß es ihr gelingen werde, auch auf dem Gebiete der Fleischversorgung bestimmenden und regulierenden Einfluß zu gewinnen, wie er auf dem Gebiete der Warenverteilung und der Brotproduktion durch die genossenschaftlichen und sonstigen Großbetriebe seit langem ausgeübt wird.

Davon werden in erster Linie die von der Fleischteuerung so hart betroffenen proletarischen Konsumenten, vor allem aber auch die Produzenten, die Fleischergehilfen, Vorteil ziehen.

Wie die Bäckergesellen durch die Großbetriebe, nicht in letzter Linie die genossenschaftlichen, aus der dunklen Nacht und dem Elend des Kost- und Logiswesens, der Hungerlöhne, der endlosen Arbeitszeit und der gesundheitsmörderischen Betriebsräume zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen gelangt und einigermaßen auf das Niveau der übrigen gewerblichen Arbeiter gehoben sind, so wird es auch bei den heute noch unter meistens tieftraurigen Verhältnissen schaffenden Schlachtergesellen geschehen. Ein Arbeiterinstitut, das mit der scharfen und nicht immer ehrlichen Konkurrenz bürgerlicher Betriebe zu rechnen hat, kann ja gewiß nicht mit einem Schlage Idealzustände schaffen, immerhin aber kann es doch bei verständiger Abwägung aller in Betracht kommenden Faktoren seinen Arbeitern wesentlich andere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen, als in den meisten kapitalistischen Privatbetrieben üblich sind. Das ist auch hier der Fall. Die „Produktion" beschäftigte am Jahresschlusse 1906 außer 2 Verkäuferinnen 16 Personen in der Schlachterei. Die Löhne bewegen sich zwischen 25 und 40 Mark pro Woche. Außerdem wird den Arbeitern in der Wurstmacherei das Zubrot gratis verabfolgt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind tariflich festgelegt. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 5½ abends; während dieser Zeit wird zweimal eine halbstündige Eßpause eingehalten, demnach ist die effektive Arbeitszeit 9½ Stunden. Überstunden werden bezahlt. Arbeitszeit und Entlohnung sind günstiger als in allen übrigen hiesigen Schlachtereien, wie die hierüber aufgenommenen Statistiken beweisen. Dazu kommen dann die wesentlichen Erleichterungen und Verbesserungen, welche die neuen Betriebsräume und -Einrichtungen mit sich bringen werden.

Die neue Anlage wird ein weiterer Beweis dafür sein, daß die Arbeiterschaft mehr und mehr lernt, aus eigener Kraft für sich etwas zu schaffen, daß sie fähig ist, innerhalb der Gesellschaft schwierigere Funktionen genau so gut auszufüllen, wie die bisherigen Alleinwisser und Alleinkönner, und daß ihre Leistungen den Vorzug haben, nicht die Taschen einiger weniger zu füllen, sondern breiten Kreisen Vorteile zu bringen. Der Segen solidarischen Handelns offenbart sich hier in greifbarer Gestalt und mahnt die Lässigen und Gleichgültigen eindringlich: Übt Solidarität!

Soziales und Parteileben.

Die Generalaussperrung der Schneider. In der „Fachzeitung für Schneider" gibt der Verbandsvorsitzende Stühmer folgenden Situationsbericht: Ausgesperrt haben seit Ostern folgende Orte: Arnstadt, Bielefeld, Breslau, Braunschweig, Bremen, Celle, Dresden, Erfurt, Essen, Eßlingen, Frankfurt a. M., Gera, Gießen, Gmünd, Gotha, Görlitz, Halberstadt, Halle a. S., Hannover, Jena, Karlsruhe, Kiel, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Metz, München, Münster i. W., Osnabrück, Potsdam, Ravensburg, Regensburg, Rostock, Stettin, Straubing, Stuttgart, Weimar, Wernigerode, Wilhelmshaven, Zwickau i. S. Insgesamt werden dabei zirka 4500 Kollegen in Betracht kommen, so daß die Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten gegen 10000 beträgt. Viele davon arbeiten für eigene Kundschaft und verzichten auf die Unterstützung. Gekündigt sind unsere Mitglieder in Brandenburg, Kottbus und Darmstadt. Aus Baden-Baden, Bochum, Elberfeld, Glauchau, Greiz, Heilbronn, Kassel, Koblenz, Königsberg, Naumburg, St. Johann, Wiesbaden und Würzburg wird uns mitgeteilt, daß nicht ausgesperrt wird. Wenn irgend etwas geeignet ist, unsere Kollegenschaft aufzurütteln, dann ist es dieses brutale Vorgehen des Arbeitgeberverbandes; wir haben deshalb auch alle Zuschriften, in denen uns angeraten wurde, den Generalstreik zu proklamieren, bisher zurückgewiesen. Es wirkt viel aufreizender auf unsere Mitglieder, wenn sie als vollständig Unbeteiligte am Kampf von ihrem Arbeitgeber, den sie bisher für für sehr human gehalten haben, am Abend vor dem christlichen Osterfeste rücksichtslos auf die Straße gesetzt werden. Selbst die Christlichen und Gewerkvereinler werden jetzt bald an den Klassenkampf glauben müssen, weil ihnen diese Erkenntnis vom Arbeitgeberverband in recht fühlbarer Weise beigebracht wird. Der Revers spielt in diesem Kampfe auch schon wieder eine Rolle. In Bremen wurde den nichtorganisierten Gehilfen, die bereit sind, weiter zu arbeiten, folgende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt: „Ich erkläre mich bereit, nach dem bestehenden Tarif zu arbeiten und verpflichte mich ausdrücklich, jede mir überwiesene Arbeit, selbst wenn diese für andere bestimmt sein sollte, zur Ausführung zu bringen." In einem Geschäft in Zwickau wurde unseren Kollegen folgende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt: „Ich erkläre, keiner Gehilfenorganisation anzugehören, zu dem bestehenden Tarif zu arbeiten und auch solche Arbeiten anzufertigen, die für andere Geschäfte bestimmt sein sollten." Viele solcher Hundeseelen, die ein derartiges Schriftstück unterzeichnen, wird es unter den Kollegen in Deutschland nicht mehr geben. . . . Unsere Mitglieder werden den ihnen aufgedrungenen Kampf mit derselben Ruhe wie bisher weiter führen, stets zu Verhandlungen, aber nicht zur Unterwerfung bereit. Wir sind nach wie vor für Tarifverträge, lassen uns aber keinen Dienstvertrag aufzwingen.

M Neunter Verbandstag der Maurer. In der Freitagsitzung wird die Statutenberatung fortgesetzt. Zum Abschnitt Unterstützung und Rechtsschutz wird beschlossen, einen neuen Paragraphen 27h anzufügen. Derselbe lautet: „Eine Erhöhung der statutarischen Unterstützungssätze aus ordentlichen Mitteln, sowie die Erhebung einer Extrasteuer zu diesem Zweck ist nicht zulässig." Zum Abschnitt Reiseunterstützung im Winter wird beschlossen, dieselbe auf 1 Mk. per Tag zu erhöhen. Statt bisher 30 sollen 40 Raten gezahlt werden. Die Reiseunterstützung an Streikende wird von 6 auf 9 Raten ausgedehnt. Zu den Absätzen Streik- und Krankenunterstützung liegen 54 Anträge vor. Alle Anträge wünschen eine Aenderung resp. Erhöhung der Unterstützungssätze. Einführung der Familienunterstützung und Gewährung von Umzugskosten. Die Debatte ist eine sehr umfangreiche und lebhafte. Fast alle Redner sprechen für die Annahme der Anträge aus ihren Zweigvereinen. Die Abstimmung erfolgt per Akklamation. Beschlossen wurde, in den Streikunterstützungssätzen keine Aenderung eintreten zu lassen. Die Karenzzeit von 3 Tagen bleibt bestehen. Zur Gewährung der Familienunterstützung bei Streiks wird ein Antrag eingebracht, dem Verbandsvorstande diese Anträge zu überweisen mit der Maßgabe, dem nächsten Verbandstage Vorschläge zu machen. Alle Anträge, welche Gewährung der Umzugskosten verlangen, werden mit großer Majorität abgelehnt. An den Paragraphen, welche sich auf die Mieteunterstützung beziehen, wird nichts geändert. Zwei neue Unterstützungsklassen, welche sich aus der Schaffung der 8. und 9. Beitragsklassen ergeben, werden eingefügt; desgleichen für die Krankenunterstützung. Beschlossen wird, die Gewährung derselben von 12 auf 25 Wochen auszudehnen. Alle weiteren Anträge, welche Bezug auf Krankenunterstützung haben, werden abgelehnt. Zum Absatz Maßregelung und Haft beantragt der Verbandsvorstand, die Unterstützungssätze per Tag um 50 Pfg. zu erhöhen. Dieser Antrag wird angenommen. Betreffend der Ehrenmitgliedschaft wird beschlossen, die bisherige Altersgrenze von 60 Jahren bestehen zu lassen, jedoch soll in Zukunft statt der bisherigen 10jährigen Mitgliedschaft eine 15jährige maßgebend sein. Damit sind alle Anträge, welche zur Änderung des Statuts gestellt waren, erledigt. Zum Streikreglement liegen 12 Anträge vor. Dieselben werden, nachdem Bömelburg dieselben kritisiert hat, ohne Debatte einstimmig abgelehnt. Zu den Anträgen, welche eine Änderung der Bestimmungen des Kartellvertrages herbeiführen wollen, erklärt Bömelburg, daß wir so ohne weiteres keine Änderung beschließen können, aber Anträge, welche die Zustimmung des Verbandstages finden, dem Hauptvorstande überweisen können, welcher dann das weitere veranlassen wird. Bömelburg ersucht sämtliche Anträge abzulehnen. Letzteres geschieht. — Das Bureau des Verbandstages schlägt nunmehr vor, bevor der nächste Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung kommt, die Gehaltsfrage zu diskutieren. Der Verbandstag stimmt diesem zu. In der Nachmittagsitzung erhält dann der Kollege Dähne-Berlin, Vorsitzender des Ausschusses das Wort. Redner führt aus, daß der 8. Verbandstag beschlossen hat, den Ver-

---

denn aber grad g'heiricht sei'? I hab' ja a brave Mueter, die m'r nex abganga' (abgehen) loßt and bei ders m'r möller ist, als bei so 'r jonga Butzdock (Butzdocke)!" — „Ach," erwiderte die Alte, die sich dadurch doch etwas geschmeichelt fühlte, „wann e aber stirb, was nocht?" — „Du lebst länger als ih," rief Michel, nickte versichernd — und suchte das Weite.

Wie vorsichtig die gute Frau war, und wie sehr sie eine Scheu empfand, über ihren Michel ein Gerede zu veranlassen, das ihn erzürnen würde — den Widerspruch zwischen der Erzählung des Nachbars und dem Benehmen des Burschen konnte sie doch nicht verwinden. Sie erkundigte sich gelegentlich bei dem Kameraden. Dieser spürte kein Verlangen, die Wahrheit zu sagen und unter Umständen die Kraft der Michelschen Fäuste zu empfinden! er erwiderte, sie hätten allerdings eine Ansprache mit dem Maurer und seiner Tochter gehabt, aber diese hätte dem Michel ein paar spöttische Reden hinausgegeben, das habe ihn geärgert und nun sei sie ihm zuwider. — Die Mutter seufzte und resignierte noch einmal. Zum Nachbar sagte sie: „Desmol hont 'r falich g'seha'!" Der Alte meinte: „Nocht wurd's halt d's brau' Bier g'weißt sei', was 'n so monter g'macht hot!" — „Des glob' e eht," entgegnete die Mutter — und die Frage war abgemacht für sie.

Die Ernte ging ihren Gang. Das letzte Fuder Hafer war ins Dorf gefahren, und das Verhältnis zwischen Michel und der Gret noch das alte. Mit dem Maurer wechselte der Bauer die gewöhnlichen Grußformeln. Begegnete er dem Mädchen, so spielte er mit Erfolg einen Menschen, der ganz in seine Gedanken verloren hinwandelt, und sie ging mit dem Ernst der Ergebung an ihm vorüber, mit wiederholtem innigen Bedauern über ihr unglückseliges Lachen und mit dem erneuerten Vorsatz, bei der nächsten Gelegenheit, wenn ihr ja das Glück noch einmal „wollen" sollte, sich so gut, so klug und so lieb als möglich gegen ihn zu benehmen.

Der Schneider hatte unterdessen seine Besuche und Huldigungen nicht ausgesetzt, obwohl die Erntezeit, die ihn in einen Schnitter verwandelte, sie nicht in solcher Häufigkeit zuließ wie früher. Er sah zu seiner Verwunderung, daß sein Bäschen mehr und mehr ihre Munterkeit verlor, sich hie und da in einem sonderbar traurigen Nachdenken, zuweilen auch in einer sehr ärgerlichen Stimmung betreffen ließ. Dies erschien ihm nicht wohl begreiflich, da sie doch nach seiner Ansicht alles hatte, was sie wünschen konnte, namentlich einen Liebhaber, der deutlich genug zu verstehen gegeben, daß er sich, wenn es sein mußte, in einen Ehemann verwandeln könnte. Er setzte ihr Betragen indes auf Rechnung der bekannten weiblichen Launen und tröstete sich, daß sie gehen würden, wie sie gekommen.

Auf den ersten Dienstag nach der Ernte fiel eine Hochzeit, die, zum Vergnügen der jungen Leute des Dorfes, im Wirtshaus gefeiert wurde. Ein wohlhabender junger Söldner verheiratete sich mit der Tochter eines kleinen Bauern. Die Familie Schwab gehörte zur „Freundschaft" des letztern — es war daher unumgänglich nötig, daß ein Glied derselben als Gast an der Feier teilnahm, um so mehr, als der Bauer vorzeiten auch den Ehrentag der Witib mitgefeiert hatte und die Schicklichkeit eines Ersatzes in die Wagschale fiel. Wenn der Brauch will, daß ein Geladener dem Freund oder guten Bekannten „auf die Hochzeit gehe" und „auf die Hochzeit schenke," das heißt einen verhältnismäßigen Geldbeitrag zum Beginn der Wirtschaft liefere, so will er nicht minder, daß dem Gaste bei Gelegenheit seiner eigenen Verbindung oder der eines Blutsverwandten die Ehre und das Geschenk wieder zurückgegeben werden. Der Brauch übt einen sanften Zwang zur Wiedervergeltung und fördert so den Austausch reeller Höflichkeiten, indem er jedem abwechselnd das Wohlgefühl des Empfangens und Gebens verschafft. Denn es bleibt natürlich dem Rieser unbenommen, das, was die Sitte gebietet, aus freien Stücken zu tun und in der Wiedervergeltung nicht eine bloße Pflichterfüllung, sondern einen natürlichen Erweis der Großmut zu sehen, deren Freude es ist zu schenken und glücklich zu machen!

Schon acht Tage vor diesem Feste hatte zwischen Michel und seiner Mutter ein kleiner Kampf über die Frage begonnen, wer es mitmachen solle. Michel wollte die Last der Mutter aufbürden, die Mutter wollte die Lust dem Sohne gönnen. Die gute Frau kam eben, wenn auch nur im stillen, immer wieder auf den Wunsch und die Hoffnung zurück: es möchte ihm eine gefallen! Da nun im Dorfe selbst offenbar keine so glücklich war, so wünschte sie um so lebhafter, der Sohn möchte auf dieser Hochzeit Jungfrauen aus andern Orten sehen, die nicht fehlen konnten. — Das Bewußtsein, als Mutter für sein Bestes sorgen zu müssen, gab ihr diesmal in der Tat die Kraft zu widerstehen und seine Einwendungen zu entkräften. Wie oft er auch wiederholen mochte; es mache ihm keine Freude, er habe gar „keinen Luhst" dazu, es sei ihm grausam zuwider! — am Ende mußte er sich den Ermahnungen, womit die Alte ihm zuzureden nicht müde wurde, dennoch fügen und in den sauren Apfel beißen. Zur Verzweiflung gebracht rief er endlich: „No mei'daweg, i will ganga'! Aber du wursch seha', 's gibt widder ebbes. Denn der Deufel ist loas ond loßt m'r koö Rua'!" — Die Mutter war zu vergnügt über seinen Entschluß, als daß sie dieser Rede weiter nachgedacht hätte.

Ob Michel sich deswegen so lange sträubte, weil er erfahren hatte, daß auch die Gret auf die Hochzeit kommen würde — oder ob er deswegen endlich nachgab — wer konnte es wissen? — Der Kamerad, den er von dem Streit mit der Mutter in Kenntnis gesetzt, machte ihm gelegentlich und vorsichtig jene Mitteilung, indem er hinzufügte, nun würde er gerade auch darauf gehen und dem Mädchen zum „Tort" sich um eine andere herummachen, was sie gewiß recht ärgern würde. Michel hatte indessen geantwortet, er kümmerte sich um das Mädchen überhaupt gar nicht mehr, und später diesen Gegenstand nicht wieder berührt. — Sei dem, wie ihm wolle — er folgte der Alten, und mußte sich am Hochzeitsmorgen mit dem Gedanken der Nötigung doch schon einigermaßen versöhnt haben, denn er wusch und putzte sich nach Kräften und putzte sich so stattlich an, als es der Kleiderkasten zuließ. Wie er endlich vor seine Mutter trat in schwarzen Hosen von Hirschleder, die kein Fältchen warfen und fast bis eine Spanne über das Knie von den Stiefeln bedeckt waren — in manchesternem Leibchen mit versilberten Knöpfen, im neuen, schwarzen, baumwollbehaarten Barchentkittel mit flachen, talergroßen Knopfen — über das wohlgebundene dunkle Halstuch den feinsten Hemdkragen gezogen und den Kopf mit dem landesüblichen Schaufelhut bedeckt — da ging der guten Frau das Herz auf und undenkbar schien es ihr, daß so ein Mannsbild sollte durchs Leben gehen können, ohne ein braves Weib glücklich zu machen und ohne eine würdige Nachkommenschaft zu hinterlassen. — Sie hatte eben in das Papierkäpselchen des Gesangbuches, das ihm auf dem Weg zur Kirche übergeben werden mußte, einen großen Kupferzweier gesteckt, den er als „Opfer" in den Klingelbeutel werfen sollte; nun wünschte sie ihm von Herzen gute Unterhaltung und gab ihm geschwind noch ein paar Schicklichkeitsregeln mit, ihn besonders ermahnend, daß er zu den Brautleuten sagen sollte: „Ich gratuliere", nicht: „Ich kondoliere", wie es einmal einem zu seiner großen Schande passiert sei. Michel zuckte die Achseln und ging, da es eben zehn Uhr schlug, in langsamen Schritten dem Wirtshaus zu. (Fortsetzung folgt.)

bandsausschuß zu beauftragen, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu unterbreiten zur Regulierung der Gehälter der Angestellten des Verbandes. Diese Vorlage liegt im Druck vor. Danach sollen die Beamten in drei Kategorien geteilt werden. Die erste umfaßt die Mitglieder des Verbandsvorstandes und der Redakteure. In der zweiten sind die Gaubeamten untergebracht und in der dritten die Zweigvereinsbeamten. Die Festsetzung eines Mindestgehaltes und monatliche Zahlung ist für jede Gruppe vorgesehen. Des weiteren die Fortzahlung des Gehaltes bei eintretender Krankheit bis zur Dauer von 8 Monaten unter Anrechnung des Krankengeldes und bei zu verbüßender Haft im Interesse des Verbandes. Die Angestellten sollen verpflichtet sein, sich gegen Krankheit und Invalidität zu versichern und sind gehalten, sich der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten anzuschließen. Außerdem sollen zwei Wochen Ferien gewährt werden. In der ersten Kategorie soll das Anfangsgehalt 2200 Mk. betragen, steigend von 2 zu 2 Jahren um 200 Mk. bis zum Höchstgehalt von 3000 Mk. Für den ersten Vorsitzenden und ersten Redakteur eine jährliche Zulage von 300 Mk. Etwaige Hilfsarbeiter sollen den am Orte üblichen Lohn erhalten. Die Gaubeamten sollen ein Anfangsgehalt von 2040 Mark erhalten mit einer Steigerung von zwei zu zwei Jahren um je 115 Mk. bis zum Höchstbeträge von 2500 Mk. Außerdem eine Ortszulage von 100 bis 300 Mk. Bei den Zweigvereinsbeamten soll das Mindestgehalt auf 1500 Mk. bemessen werden ev. 10 Proz. höher sein als der am Orte übliche Lohn. In den Übergangsbestimmungen heißt es, daß die bisherigen Dienstjahre nicht in Anrechnung kommen sollen. Jedoch soll in den Gruppen, wo eine Steigerung vorgesehen ist, diejenigen Beamten, welche 2 Jahre angestellt sind, sofort eine Zulage zu ihrem bisherigen Gehalt in der Form eines Steigerungssatzes erhalten. Begründend führt Redner aus, daß es unbedingt notwendig sei, auf diesem Verbandstage eine endgültige Regelung herbeizuführen. Die bisherigen Zustände seien für die Folgezeit unhaltbar in unserer Organisation. In fast allen Verbänden ist diese Frage geregelt. Bevor der Ausschuß zu seinem Vorschlage gekommen sei, mußte erst die nötige Unterlage dafür beschafft werden. Um diese zu beschaffen, seien die bisherigen Gehaltsverhältnisse in anderen Organisationen herangezogen worden und da habe sich ergeben, daß die Gehälter unserer Beamten ganz bedeutend hinter denen anderer größerer Organisationen zurückbleiben. Aus diesem Grunde sei der Ausschuß zu seinem diesbezüglichen Vorschlag gekommen. Nun sei es aber nicht möglich gewesen, eine völlige Gleichstellung der Beamten in Vorschlag zu bringen. Die Gründe hierfür sind sehr verschiedener Natur. Zunächst müsse berücksichtigt werden, daß die Mitglieder des Verbandsvorstandes eine große Verantwortung übernehmen und nur erprobte Kollegen in Betracht kommen. Dasselbe gilt für die Redakteure. Ferner müsse der Sitz des Verbandes in einer der größten Städte sein, wo bekanntlich auch mit den teuersten Verhältnissen zu rechnen ist. Deshalb rechtfertigt sich auch der Vorschlag des Ausschusses. Die vorgeschlagene Zulage für den ersten Vorsitzenden und ersten Redakteur rechtfertige sich damit, daß die außerordentlichen Anforderungen, welche an sie gestellt werden, auch Anerkennung finden. Auch für die Gaubeamten sei eine Gleichstellung, um gegen den einzelnen gerecht zu sein, nicht möglich. Wohl soll dieses für die Gehälter zutreffen. Wenn man aber die Verhältnisse der einzelnen Orte, wo die Gaubeamten ihren Sitz haben, in Betracht zieht, so wird man finden, daß hier ein Unterschied vorhanden sei. Um einen Ausgleich zu finden, sei die Ortszulage in Vorschlag gebracht. Am schwierigsten sei es, die Gehaltsfrage für die Lokalbeamten zu regeln, da auch hier die örtlichen Verhältnisse eine große Rolle spielen. Andererseits seien auch die Mittel zur Besoldung der Lokalbeamten aufzubringen. Wenn aber bis jetzt die Ansicht im Verbande maßgebend gewesen sei, daß die Gehälter nicht höher sein dürften, als der am Orte übliche Arbeitslohn, so sei das nicht zutreffend und kann nicht gutgeheißen werden. Da aber heute noch der Unterschied in den einzelnen Zweigvereinen, was die Tätigkeit der Angestellten als auch ihre Bedürfnisse betrifft, in demselben Maße fortbesteht, so hat der Ausschuß von einer zahlenmäßigen Aufstellung Abstand genommen. Wenn man aber die aufreibende Tätigkeit der Lokalbeamten und die damit verbundenen Mehrausgaben in Betracht zieht, so sei eine bessere Bezahlung notwendig. Der in Vorschlag gebrachte Mindestsatz von 1500 Mark soll aber der Mindestsatz sein. Unbenommen soll er den Zweigvereinen bleiben, wenn es ihre Mittel erlauben auch höhere Gehälter zu bezahlen. Die Versicherung der Beamten gegen Krankheit und Invalidität rechtfertigt sich dadurch, da die Anstellung keine dauernde ist, vielmehr der Modus besteht, daß jeder Beamte periodisch einer Neuwahl unterworfen ist. Zu den Krankenkassenbeiträgen soll der Verband die Hälfte bezahlen, wie es bei den Unternehmern gegenüber der Ortskrankenkassen üblich ist. Desgleichen sollen auch die Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung zur Hälfte aus Verbandsmitteln gezahlt werden, da die erworbenen Rechte nicht so ohne weiteres preisgegeben werden sollen. Die Pflicht zum Beitritt in die Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterverein igung tätigen Angestellten ist deshalb notwendig befunden, weil durch die aufreibende Tätigkeit frühzeitig Invalidität eintritt. Andererseits kommen auch Unfälle in Betracht, die eine dauernde Invalidität nach sich ziehen können. Bei einer Nichtversicherung der Beamten müsse der Verband die moralische Verpflichtung übernehmen, bei eintretender Invalidität für ihre Beamten zu sorgen. Da die Gewährung eines zweiwöchentlichen Urlaubes schon für die Mitglieder des Verbandsvorstandes und Redakteure besteht, ist es nicht mehr wie recht und billig, dieses auf alle Beamte ausdehnen. Redner glaubt, daß der Ausschuß damit das Richtige getroffen hat und empfiehlt den Delegierten diesen Vorschlag eingehend zu prüfen und wenn möglich anzunehmen. Dann setzte die Diskussion ein. Ein Antrag zur Prüfung des Vorschlages des Ausschusses eine Kommission einzusetzen, ist eingegangen.

Generalversammlung des Senefelder Bundes. In den Hauptvorstand wurden am 5. Tage gewählt: Müller-Berlin als unbesoldeter Vorsitzender, Brall-Berlin als Kassierer und Lange-Berlin als Sekretär. Die nächste Generalversammlung soll in München abgehalten werden. Hierauf wurde die Generalversammlung von Lange-Berlin geschlossen. Anschließend hieran wurde bekanntgegeben, daß mittags 2 Uhr ein Kongreß der Vertreter der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe stattfindet.

Kongreß der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe. Sillier-Berlin gab die Gründe bekannt, weshalb der Kongreß einberufen worden ist. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zum Punkt Gewerkschaftskongreß referierte Mäßinger-Magdeburg. Es wurde beschlossen, 3 Delegierte zu dem nächsten Gewerkschaftskongreß zu entsenden. über den Internationalen Arbeiterkongreß referierte Müller-Berlin, über die internationale Lithographenkonferenz Sillier-Berlin. Bei der Statutenberatung wurde die Vorlage der Kommission angenommen. Gewählt wurden Sillier als Zentralvorsitzender, Brall als Kassierer, Obier als Sekretär. Der bisherige Redakteur des Fachblattes ist somit in den Hauptvorstand gewählt und soll der Redakteurposten neu ausgeschrieben werden. Der Ausschuß wurde nach Dresden, die Preßkommission nach Leipzig verlegt.

Streik der Berliner Speicherarbeiter. In Berlin sind die in den Getreidespeichern beschäftigten Lohnarbeiter in den Ausstand getreten, nachdem alle Aussicht auf friedliche Einigung geschwunden war und die Unternehmer mit Aussperrungen vorgingen.

Genosse Hermann Grimpe ist im städtischen Krankenhause in Elberfeld gestorben. Grimpe war seit vielen Jahren herzleidend, vermochte sich indessen immer wieder zu erholen. Vor einigen Monaten setzte indes das Leiden heftiger ein, sodaß er schon am Wahlkampf, trotz seiner Kandidatur in Düsseldorf nur geringen Anteil nehmen konnte. Mit Genossen Grimpe ist der besten Einer dahingegangen. Ehre seinem Andenken!

Eine kostspielige gelbe Gründung. Auf Grund des Jahresberichts der Filiale Augsburg des deutschen Metallarbeiterverbandes hat die Gründung des berühmten gelben Streikbrechervereins in der Maschinenfabrik Augsburg (-Nürnberg) dem Verband ganze 148 Mitglieder gekostet — trotz der ausgesucht raffinierten Weise, mit welcher die Arbeiter zum „freiwilligen" Beitritt gezwungen wurden. Diesem momentanen Austritt aus dem Verbande folgten aber Neuaufnahmen in doppelter und dreifacher Zahl und der verhaßte Verband, der durch die gelbe Gründung umgebrungen werden sollte, ist für seine Hasser gefährlicher geworden denn je zuvor! Noch interessanter aber ist, daß genannter Fabrik durch die Bareinlagen in die Kassen des gelben Vereins jedes Mitglied auf zirka 1900 Mark zu stehen kommt. Man sieht, die Fabrik läßt sich die Züchtung von Streikbrechern schon etwas kosten und zwar bei reiflichster Überlegung — nicht nutzlos! Denn nach dem Naturgesetz des modernen Kapitalismus muß sich jeder Pfennig rentieren. Wann werden dies die törichten, auf den Leim gekrochenen Arbeiter begreifen?

Dem Reichskanzler Fürsten Bülow soll außer dem „Saalfelder Volksblatt" auch unser Mühlhauser Parteiorgan, das „Volksblatt für den Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza", zu nahe getreten sein. Gegen den verantwortlichen Redakteur Markewitz wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage wegen Beleidigung des Reichskanzlers erhoben. — Armer Bülow! Erst hat er die Sozialdemokratie „niedergeritten" und nun muß er doch noch den Staatsanwalt zu Hilfe rufen.

Warnung. Einige Arbeitsvermittelungs-Agenten suchen in der letzten Zeit durch Annoncen in der bürgerlichen Presse und persönliche Werbung unter anderem junge Männer als Fahrer und Schaffner für die Essener Straßenbahn zu engagieren. Soviel uns bekannt ist steht zwar für Essen keine Straßenbahnerbewegung in Aussicht. Dennoch möchten wir den Arbeitsuchenden dringend raten, auf die Versprechungen der Agenten nicht hineinzufallen. Der Betrieb der Essener Straßenbahn ist ein Taubenschlag, bei dem die Mehrzahl der Angestellten es nur kurze Zeit auszuhalten vermag. Zudem reicht das gebotene Anfangsgehalt von 1200 Mk., pro Jahr für die äußerst teure Lebensunterhaltung des westfälischen Industriegebietes in keiner Weise zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse. Also Vorsicht!

Sozialistisches Unternehmen. Bekanntlich gründeten mit Hilfe des Gewerkschafts-Kartell Lörrach und der Arbeiter-Union-Rheinfelden, die wegen dem Seidenweberstreik in Badisch-Rheinfelden 1902 gemaßregelten Textilarbeiter eine Webereiwerkstatt, verbunden mit Fabrikationsgeschäft für Vereins- und Festabzeichen 2c. Vor 5 Jahren ist die Verwaltung dieses Unternehmens direkt in die Hände der Arbeiter-Union-Rheinfelden und des Gewerkschafts-Kartell Lörrach übergegangen und erfreut sich dasselbe einer guten Prosperierung, was namentlich durch den guten Absatz von Maifestzeichen, deren auch für 1907 wieder eine hübsche Kollektion angefertigt wird, zu verdanken ist. Auch die andern Artikel, wie Band-, Email- und Metallabzeichen, für jeden Verein passende Sachen, finden guten Absatz in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft. Genosse J. Kläusler in Rheinfelden sendet Kataloge 2c. gerne zu. Bemerkt sei noch, daß die seinerzeit von Gewerkschaften und Parteivereinen eingezahlten, zur Finanzierung des Unternehmens herausgegebenen Anteilscheine durch Inventar und Bargelder vollständig gedeckt sind und jedes Jahr eine bestimmte Anzahl derselben retour gezahlt wird. Auch hierüber gibt Genosse Kläusler Auskunft.

Die Erweckung der Geilheit zum Besten des Flottenvereins. Der Flottenverein hat auf allen größeren Bahnstationen Automaten aufgestellt, die nach dem Entwurf eines Zehnpfennigstückes Bilder aus dem Seeleben oder belustigende Szenen darstellen. Der Ertrag dient Vereinszwecken, also dem Ausbau der deutschen Kriegsflotte. Die „Deutsche Reichszeitung" berichtet dazu: Auf dem Hauptbahnhof zu Köln wird ein jeder, der den Wartesaal 3. und 4. Klasse von der Domseite aus betritt, an der Tür einen Automaten des Deutschen Flottenvereins finden, der die pikante Aufschrift trägt: „Der Kloster-Don Juan." So was muß natürlich ziehen. Wer seinen Nickel opfert, dem wird eine Zelle vorgeführt, in der ein Klosterbruder und ein Frauenzimmer sich befinden. Der Klosterbruder steht mit seinen Beweisen von Zärtlichkeit und seinen Küssen auf der Höhe, wird aber plötzlich in seiner angenehmen Beschäftigung durch den Oberen unterbrochen. Der letztere weist entrüstet und würdevoll den geknickten Sünder hinaus, um dann, nachdem dieser das Feld geräumt, als Don Juan Nr. 2 sich noch intensiver zu betätigen, als der erstere. Plötzlich erlöscht das Licht, und den Rest kann der Zuschauer sich denken. Der Flottenverein hat mit den von ihm fanatisch bekämpften Zentrumsjesuiten eins gemein: auch ihm heiligt der Zweck die Mittel. Wenn man an das patriotische Herz des deutschen Spießbürgers appelliert, reagiert er nur schwerfällig; kitzelt man aber seine Geilheit, so ist er gleich mit dem Groschen bei der Hand und hat, wenn er sich an den pornographischen Szenen ergötzt, noch das erhebende Gefühl, damit eine „nationale Tat" zu tun — er begeht sozusagen eine patriotische Schweinerei.

Ein „Hausfriedensbruch". Wegen Hausfriedensbruchs wurden in Auerbach i. S. der Genosse Adolf Hoffmann-Berlin zu drei Wochen, die Genossen Rössel und Steinkohl zu je zehn Tagen Gefängnis verurteilt. — Genosse Hoffmann hatte während der Reichstagswahlbewegung als sozialdemokratischer Kandidat im 22. sächsischen Wahlkreise (Reichenbach-Auerbach) auf den dringenden Wunsch einiger Patienten einer in dem Wahlkreise belegenen Lungenheilanstalt, die ihr Wahlrecht zu verlieren fürchteten, diese in den Liegehallen aufgesucht. Die beiden anderen Verurteilten waren seine Begleiter. Wir haben über die Affäre und über die Aufregung der Anstaltsleitung seinerzeit berichtet. Damals hielten wir es nicht für möglich, daß der Anstaltsleitung Vorhaben, den Genossen Hoffmann wegen Hausfriedensbruchs belangen zu lassen, auch nur im vorbereitenden Stadium bei Anklagebehörden und Richtern Erfolg habe könne. Jetzt ist, wie die Depesche zeigt, sogar eine Verurteilung erfolgt! Wie dies möglich war, das wird uns erst der ausführlichere Bericht begreifen lassen — und vielleicht auch der nicht.

Sozialistische Kinder-Sonntagsschulen. In England haben die Kinder-Sonntagsschulen der Partei sich als sehr gutes Agitationsmittel erwiesen. Der erste Mai soll diesmal in London auch von den Kindern festlich begangen werden. Man wird sie nach dem Hydepark führen und dort spielen lassen. Die Mittel dazu sollen durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden. — In Glasgow bestehen heute schon 18 sozialistische Schulen, die darauf ausgehen, eigene Liederbücher und eigene, von freiem Geist erfüllte Schulbücher einzuführen.

Es geht vorwärts — bei den Polen! Bei den letzten Reichstagswahlen hat keine politische Partei verhältnismäßig so gut abgeschnitten wie die Polen. Haben sie doch ihre Stimmenzahl um mehr wie ein Drittel, die Zahl ihrer Mandate um ein Fünftel der bisher besessenen vermehrt. Und in einer ganzen Anzahl Wahlkreise haben die Polen eine mehr oder minder ausschlaggebende Position gewonnen. Natürlich kommt der Appetit auch hier beim Essen. Angespornt durch diese Erfolge will man jetzt Anstrengungen machen zu noch größeren sowohl in Beziehung auf Mandate, wie auf Stimmenzahl. In polnischen Blättern wird darauf hingewiesen, daß in Oberschlesien, in Posen, in Ost- und Westpreußen noch neue Mandate zu gewinnen seien, wenn energischer gearbeitet werde. Aber darüber hinaus sollten auch in nichtpolnischen Bezirken, überall dort, wo sich Polen befinden, polnische Kandidaten aufgestellt werden. So könnte man auch in mittelschlesischen Kreisen, in Brieg-Namslau, Ols-Groß-Wartenberg, Schweidnitz, Guhrau, Steinau-Wohlau vorgehen, ebenso in den beiden Breslauer Wahlkreisen, in welchen angeblich nicht weniger wie 25,000 Polen leben. In gleicher Weise will man aber überall, wo Polen in irgend nennenswerter Zahl vorhanden sind, vorgehen. Bisher ist in einzelnen rheinisch-westfälischen Industriekreisen in dieser Weise gearbeitet worden, und es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß wenn überall dort, wo polnische Proletarier vorhanden sind, die nationalpolnische Agitation einsetzt, die Polen ganz überraschende Erfolge haben werden. Die billigen und willigen polnischen Arbeiter sitzen überall im Reiche, bis nach Süddeutschland hin, wo nur das Kapital sie verwenden kann. Die meisten dieser politisch unreifen Leute folgten bisher, sofern sie überhaupt wählten, dem Zentrum, in den Großstädten stimmten dagegen manche aus instinktiver Oppositionslust bisher sozialdemokratisch. Sobald aber die nationalpolnische Agitation einsetzt, fallen alle diese unsicheren, ebenso wie die bisher ganz indolenten Elemente dieser Agitation zum Opfer. Die sozialdemokratische Partei hat alle Ursache, diesen Vorstoß der Polen genau zu beachten und alles was möglich ist, zu tun, um ihn abzuschwächen. Wir brauchen die Hunderttausend polnischer Arbeiterwähler genau so wie die Millionen deutscher Arbeiter-Proletarier und wir müssen alle verfügbaren Mittel und Wege in Anspruch nehmen, um dies Ziel zu erreichen.

Eine Wärmstube hat das Dresdener Gewerkschaftskartell schon seit mehreren Jahren im Winter unterhalten. Die Einrichtung ist sehr einfach. Es wird dazu am Tage der kleine Versammlungssaal des Volkshauses geöffnet und geheizt. Zeitungen, die teils gratis zur Verfügung gestellt werden und zurückgesetzte oder doppelt vorhandene Bücher der Gewerkschaftsbibliotheken tragen etwas zur Unterhaltung der Arbeitslosen bei. Das Gewerkschaftshaus liefert Speisen und Getränke, teils zum, teils unter dem Selbstkostenpreise. Zeitweilig werden Kartoffeln und Brote an die Arbeitslosen verteilt, die wohlhabende Genossen oder die Konsumvereine zur Verfügung gestellt haben. Auch für eine Weihnachtsbescheerung ist auf dieselbe Weise gesorgt worden. Im verflossenen kalten und schneereichen Winter ist die Wärmstube doppelt von den arbeitslosen Gewerkschaftsgenossen als Wohltat empfunden worden. Sie war diesmal 13 Wochen geöffnet. Die Gesamtzahl der Besucher beträgt 21 088. Den stärksten Besuch wies die Woche vom 11. bis 17. Februar mit 2550 Besuchern auf. Die Kosten werden durch Beiträge mehrerer Arbeiterorganisationen und besser situierter Parteigenossen aufgebracht. An Barmitteln verbrauchte die Wärmstube des Dresdner Gewerkschaftskartells im Winter 1906/7 1611 Mk. Da die Einnahme 1913 Mk. betrug, beziffert sich der Kassenbestand auf 301,24 Mk.

Paragraph 153. Die Filiale Düsseldorf des Metallarbeiterverbandes hatte vorigen Herbst über mehrere Gießereien in der Umgebung der Stadt die Sperre verhängt, um die Unternehmer zu zwingen, eine Bestimmung in ihrem Organisationsstatut zu ändern, durch die die Former in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen gehindert wurden. Eine Fabrikbesprechung der Arbeiter des Betriebes Hasenkamp in Heerdt bei Düsseldorf beschäftigte sich mit der Sperre, weil der Firmeninhaber verlangt hatte, daß die Former und Kernmacher überarbeiten sollten. An dieser Besprechung nahm Genosse Donsbach-Düsseldorf als Branchenleiter der Former teil, er empfahlt den Arbeitern eine geheime Abstimmung über die Frage: Verweigerung der Überarbeit, vorzunehmen. Vor der Abstimmung gab Donsbach nun folgende Erklärung ab: „Überlege sich jeder gut, wie er abstimmt, wenn beschlossen wird, daß keine Überstunden gemacht werden sollen, dann muß der Beschluß auch gehalten werden, wer dann nachher trotz des Beschlusses noch Überstunden macht, der gilt als Sperrebrecher. Er wird aus dem Verbande ausgeschlossen und, wie alle Ausgeschlossenen, in der „Metallarbeiterzeitung" veröffentlicht." Ein Verräter unter den Arbeitern hinterbrachte dem Fabrikanten Hasenkamp die Äußerungen und dieser denunzierte den Genossen Donsbach bei der Staatsanwaltschaft, die Anklage erhob. Und so hatte sich Donsbach wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung vor dem Schöffengericht in Neuß zu verantworten. Daß eine Bestrafung auf Grund dieses Paragraphen erfolgen könne, hielt man für ausgeschlossen, und doch wurde Donsbach zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Amtsanwalt hatte zwei Monate beantragt, weil gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Metallarbeiterverbandes und des Angeklagten energisch vorgegangen werden müsse.

Jammerlöhne.

Hätten wir im Reiche der berühmten Sozialpolitik eine einwandfreie Lohnstatistik, die deutschen Ausstellungstabellen über Arbeiterversicherung wären längst als Potemkinsche Dörfer erkannt. Dekorationen sollen vortäuschen, was nicht vorhanden ist: eine befriedigende, erträgliche soziale Lage der Arbeiter. Wenn man die Verpflegungssätze für Gefangene oder Militärpersonen in Berücksichtigung zieht, dann muß man ein Jahreseinkommen von 1200 Mk. und einen Tagesverdienst von 4 Mk. als die Untergrenze des Existenzminimums bewerten. In der deutschen Industrie gibt es aber noch Millionen Arbeiter, die nicht einmal ein Einkommen von 900 Mk. erzielen. Eine einigermaßen der Wirklichkeit nahekommende Berechnung ermöglichen die berufsgenossenschaftlichen Nachweise. In diesen wird von den gewerblichen Berufsgenossenschaften neben der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen auch eine auf Grund der geleisteten Tagesarbeiten berechnete Arbeiterzahl angegeben in der Weise, daß für je 300 Arbeitstage ein sogenannter Vollarbeiter eingestellt wird; fer-

ner werden neben den anrechnungsfähigen wirklich gezahlte Lohnsummen ausgewiesen. Auf dieser Basis läßt sich die pro Arbeitstag gezahlte Lohnsumme berechnen. Allerdings auf vollständige Korrektheit kann auch diese Berechnung keinen Anspruch erheben, aber die Differenzen können immerhin nur wenige Pfennige betragen. In den wenigsten Fällen ist die Dauer der Tagesschichten berücksichtigt worden, so daß Überstunden und Schichten in die einfache Tagesschicht eingerechnet worden sind.

Da finden wir nun unter den 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften 27, bei denen die Tagesdurchschnittsverdienste unter 3 Mark bleiben. Wir machen darüber folgende Aufstellung:

Berufsgenossenschaften	Zahl der durchschnittl. beschäftigten Arbeiter	Geleistete Arbeitsschichten pro Kopf	Tagesdurchschnittsverdienst Mk.
Bayerische Baugewerks	98 079	220	2,99
Fuhrwerks	89 790	292	2,95
Zucker	97 158	178	2,90
Müllerei	65 757	300	2,87
Molkerei, Brennerei u. Stärke-Industrie	44 473	308	2,87
Bekleidungsindustrie	242 212	271	2,87
Schornsteinfegermeister	5 506	300	2,87
Sächsische Holzindustrie	98 768	286	2,84
Papierverarbeitung	116 960	300	2,79
Schlesisch-Posensche Baugewerks	119 032	219	2,77
Töpferei	88 591	300	2,77
Seiden	67 664	300	2,74
Rhein.-Westf. Textil	138 622	300	2,73
Thüringische Baugewerks	46 421	229	2,68
Bayerische Holz-Industrie	41 677	300	2,66
Ostdeutsche Binnenschiffahrts	20 828	233	2,65
Nahrungsmittel-Industrie	111 338	262	2,63
Papiermacher	76 887	312	2,53
Sächsische Textil	225 272	270	2,52
Norddeutsche Textil	123 914	309	2,47
Leinen	56 454	300	2,40
Textil-B.-G. von Elsaß-Lothringen	67 183	300	2,34
Schmiede	152 014	295	2,17
Süddeutsche Textil	119 161	300	2,16
Fleischerei	101 467	365	1,85
Tabak	153 708	300	1,84
Schlesische Textil	58 245	312	1,75

Für diese Tagelöhne müssen teilweise tägliche Arbeitsschichten von zwölf und mehr Stunden geleistet werden! Die ermittelten Sätze geben den Durchschnitt an. In allen Industrien kommt aber ein Teil der Beschäftigten über den Durchschnittssatz hinaus, wodurch sich für die übrigen die Tagelöhne noch ermäßigen.

Bei solchen Löhnen und den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen ist es mehr als kühn, von einer ernstlichen Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft zu reden. Über $2^1/_2$ Millionen gewerblicher Arbeiter erzielen im Durchschnitt Tagelöhne von 1,75 Mk. bis 2,99 Mark. So sieht es im Lande der berühmten Sozialpolitik aus!

Aus Nah und Fern.

Eine verwegene Flucht aus dem Gefängnis haben unlängst drei Sträflinge ausgeführt, die wegen Falschmünzerei und Betrugs im Gefängnis von Hazebrouck im französischen Departement Nord untergebracht waren. Während die anderen Gefangenen schliefen, gelang es ihnen, einen der eisernen Stäbe am Fenster des Schlafsaales herauszureißen. Mit Hilfe einer aus dem Bettzeug zusammengestellten Schnur ließen sich sich sodann bis zum Erdgeschoß hinunter. Dort öffneten sie mit einem Dietrich, den sie sich vorher unbemerkt zu verschaffen verstanden hatten, den Arbeitssaal, aus dem sie eine lange Bank entwendeten. Diese ermöglichte es ihnen, die Gefängnismauer zu ersteigen. Da nun aber die Anstalt mit drei gleich hohen Mauern umgeben ist, so warfen sie einfach die Bank über die beiden ersten Mauern, nachdem sie diese glücklich überklettert hatten. Auf diese Weise gelangten sie auf die Straße und entkamen ungehindert. Bis heute konnte ihre Spur noch nicht entdeckt werden.

Staatsstützen-Moral. Unterschlagung im Amte trug dem Kaserneninspektor Hardt aus Saarbrücken, früher in Niederjeutz, seitens der Strafkammer in Zabern vier Monate Gefängnis ein. H. hatte zwei für die Garnisonverwaltung bestimmte Waggons Kohlen zu seinem eigenen Vorteil an das Offizierskasino weiter verkauft und den Erlös eingestrichen. Zu seiner Entschuldigung gab er an, „es würde gar keine Kaserneninspektoren mehr geben, wenn man alles so genau nähme!“

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Offenbach, die am 4. d. M. vollzogen wurden, erhielten die Kandidaten der freien Gewerkschaften 4595 Stimmen, die Nationalen 598 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten demnach 18, die Nationalen 2 Sitze. Bei der Arbeitgeberwahl eroberten die freien Arbeitgeber 2 Sitze, die Gegner erhielten 18 Mandate.

Wieder ein Seilbruch auf einem preußischen Bergwerk. Wie schon kurz gemeldet, ereignete sich Mittwoch früh auf der Zeche „Preußen I“ in Lünen (Westfalen) ein schweres Grubenunglück, wobei sieben Bergleute einen jähen Tod fanden. Die Bergleute hatten des Nachts gearbeitet, um die Schicht zu verfahren, welche ein Teil der Kameradschaft wegen Teilnahme an der Kontrollversammlung feiern mußte. Nach Beendigung der Schicht benutzten sie — allerdings verbotswidrig — das Fördergestell eines blinden Schachtes, um zur zweiten Sohle und nach dem Schachte zu gelangen; dabei riß das Seil und so stürzten sie mit dem Fördergestell in den Sumpf und fanden alle sieben den Tod. Da kein äußerer Anlaß für sie vorlag, am Seil zu fahren und auch die vorgeschriebene Warnungstafel am Schacht vorhanden sein soll, so tragen die Bedauernswerten allerdings unmittelbar die Schuld selbst an dem Unglück. Wie jedoch von Bergarbeitern, welche auf der Zeche arbeiten, versichert wird, ist das Fahren am Seil in den blinden Schächten auf dieser Zeche ein weitverbreitetes Übel und dies findet seine Erklärung wohl in der heute auf den Zechen herrschenden Schufterei. Die Bergarbeiter sind am Ende der Schicht so ermüdet, daß sie noch ungern die Fahrten klettern und sich durch das Fahren am Seil eine kleine Erleichterung verschaffen wollen. Das sollte leider den sieben Grubenarbeitern verhängnisvoll werden; sie mußten den Versuch, sich eine kleinere Erleichterung zu verschaffen, mit dem Tode büßen. Hinsichtlich der Kontrolle scheint übrigens auf dieser Zeche sehr vieles versäumt worden zu sein. So hat der Einfahrer, welcher anläßlich des Unglücks auf der Zeche weilte, auch die Förderseile an den Hauptförderschächten einer Revision unterzogen und dabei das Förderseil an Schacht II, ein Bandseil, für schadhaft befunden und das Leutefördern mit demselben sofort verboten.

Die Sittlichkeit auf preußischen Bahnhöfen. Der Kölner „Kloster-Don-Juan“ des Flottenvereins hat eine würdige Ergänzung in einer anderen Darbietung der auf den preußischen Bahnhöfen aufgestellten Guckkästen gefunden. Ein Reisender, der am Zeitungsstande des Anhalter Bahnhofes zu Berlin den „Vorwärts“ oder den „Simplicissimus“ verlangte, bekommt nichts zur Antwort als ein mitleidiges Achselzucken. Um so größer aber wird sein Erstaunen sein, wenn er, sich umwendend, plötzlich einem geheimnisvollen Kästchen gegenübersteht, das in großen Lettern die Aufschrift trägt: „Ein Blick ins Damenbad“. Eine nebenstehende Verfügung fordert den Fahrgast auf, einen Groschen in den Schlitz zu werfen und die Kurbel achtmal rasch nach links zu drehen. Fügt er sich nun als guter Preuße dieser anscheinend behördlichen Anordnung, so wird er Augenzeuge von Vorgängen, die sich nur annähernd beschreiben lassen. Faun und Nymphe in modernster Entkleidung! Ein einsamer Strandkorb, Strümpfchen, Spitzenhöschen, Koketterie und Angriff — schließlich ein eiliger Plumps ins Wasser, der dem Äußersten gerade noch rechtzeitig vorbeugt. Jeden Tag schluckt der Automat hundert Groschen von unreifen Jungen und wißbegierigen Mädchen, hundertmal zeigt die Strandkorb-Nixe ihre Reize, springt der Angreifer aus seinem Versteck, rettet das Dämchen seine Tugend aus höchster Gefahr ins feuchte Element . . . Und nebenan zuckt der Zeitungsverkäufer hundertmal am Tage mitleidig die Achseln, wenn nach dem „Vorwärts“ oder nach dem „Simplicissimus“ gefragt wird. Draußen vor dem Tor hält der Sittenschutzmann strenge Umschau nach halbblinden siebzigjährigen Zeitungsfrauen, die sich durch Verkauf unsittlicher Literatur strafbar gemacht haben könnten. Denn Berlin ist eine sittenstrenge Stadt. Wer ist nun der glückliche Unternehmer, der selbst auf einem königlich-preußischen Bahnhof so zensurfrei ist, daß er unter behördlicher Protektion pikante Entkleidungsszenen mit nachfolgendem Sittlichkeitsattentat aufführen darf? Ein Vermerk an der Tafel belehrt uns, daß auch dieser Bilderautomat — Eigentum des Deutschen Flottenvereins ist. Für ihre Verdienste im Kampfe gegen die Sozialdemokratie ist dieser aristokratisch-pkriotischen Erwerbsgesellschaft volle Trikotfreiheit auf den königlich-preußischen Bahnhöfen verliehen worden; aus solchen Erträgen bezahlt sie ihre Propaganda! So liefert der Automat am Anhalter Bahnhof gewissermaßen die kinematographischen Illustrationen zu dem berühmten Briefwechsel des Herrn General Keim . . . Das läßt allerdings tief — ins Damenbad blicken!

Ein Dresdner Stadtrat als Überbyzantiner. Von einer Byzantinerei des Stadtrats Dr. Haebler in Dresden wußte dieser Tage unser Dresdner Bruderblatt zu berichten. Jetzt wird ihm ein weiteres Stückchen von demselben Herrn erzählt, das man als den Gipfel der Bauchrutscherei bezeichnen kann. Während der diesjährigen Osterprüfungen besuchte die Prinzessin Johann Georg einige Dresdner Schulen. Als sie sich dabei auch eine Ausstellung von Nadelarbeiten ansah, sagte Dr. Haebler geschäftig: „Ich kann auch stricken, kgl. Hoheit, ich kann auch stricken. — „Können Sie auch sticken, Herr Stadtrat?“ — „Nein, königl. Hoheit, bloß stricken.“ — „So, da können Sie mir wohl sagen, welcher von den beiden Strümpfen besser gestrickt ist.“ — „Der, den königl. Hoheit für den besseren halten.“ — — — Ein Bild für den Kladderadatsch!

Das Geständnis des Mörders. Die Untersuchung gegen den Schlachter und Speisewirt Liberka in Beuthen (Oberschlesien) hat eine überraschende Wendung genommen. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ hat nämlich Liberka bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter Dr. Passauer eingestanden, den Mord an dem Arbeiter Josef Bronner aus Charley, den sogenannten „Heumarktsmord“ begangen zu haben; außerdem gestand er ein, in den letzten Jahren noch drei weitere Morde in der Umgegend Beuthens verübt zu haben. Die Angaben Liberkas stimmen mit der Wirklichkeit überein. Die Mordtaten, bei denen die Überfallenen erstochen oder erschossen waren, blieben unaufgeklärt, obwohl die Leichen bald nach der Tat aufgefunden wurden. Jetzt wird das Dunkel dieser Morde durch die Aussagen Liberkas mit einem Schlage erhellt. Das Motiv aller Taten ist in der Rachsucht Liberkas zu suchen. Dieser gestand ferner ein, er habe sich in den letzten Wochen mit dem Gedanken getragen, auch seinen Schwager zu ermorden, sei aber an der Ausübung der Tat durch seine Verhaftung verhindert worden. Der Untersuchungsrichter hat ferner an die Polizei in Konitz die telegraphische Bitte um Auskunft darüber gerichtet, ob Liberka in der Tat zurzeit des Konitzer Mordes dort geweilt habe. Liberka ist über die Frage, ob er etwa auch diese Tat begangen habe, noch gar nicht vernommen worden und konnte sich infolge dessen über den gegen ihn erhobenen Verdacht auch noch nicht äußern. An amtlicher Stelle wurde in Konitz mitgeteilt, daß sich in den Akten über die Konitzer Mordaffäre der Name Liberka überhaupt nicht finde. Auch in den Gefangenenlisten steht ein solcher Name nicht. Der Roßschlachter, der um jene Zeit wegen eines anderen Vergehens am Mönchsanger verhaftet wurde, sei ein Schlachter namens Schulze gewesen, der seine Strafe abgebüßt habe. Auf dem Bürgermeisteramt ist um jene Zeit weder ein Liberka angemeldet, noch abgemeldet worden. Auch die Gesellenliste des Schlachters Schulz enthält den Namen Liberka nicht. Doch sollen die Nachforschungen nach einem etwaigen Aufenthalt Liberkas in Konitz fortgesetzt werden.

Aus dem Reiche der Sozialpolitik. Folgende in ihrer Einfachheit tief erschütternde Notiz findet sich in der „Straßburger Post“:

„Der Arbeiter Christmann in Dambach verlor infolge eines Unfalles ein Bein. Von der Unfallberufsgenossenschaft wurde ihm eine monatliche Rente von 10 Mk. zuerkannt. Als er bei einem Fuhrunternehmer wieder leichte Beschäftigung fand, entzog ihm die Genossenschaft die Rente. Das nahm sich der arme Schlucker so zu Herzen, daß er sich erhängte.“

So sieht es aus im heiligen Deutschen Reiche, in dem von den Offiziellen und Offizlösen jeden Tag hitzige Loblieder auf die soziale Fürsorge für die wirtschaftlich schwachen Mitbürger gesungen werden. Die Rentendrückerei schreit nachgerade zum Himmel.

Zur Hebung der ländlichen Dienstbotennot hat der Stadtmagistrat Würzburg ein unfehlbares Mittel entdeckt, das er sich hoffentlich patentieren läßt. Er hat nämlich verfügt, daß die Naturalverpflegungsstation für die ungelernten und landwirtschaftlichen Arbeiter gesperrt wird und diese darauf verwiesen werden sollen, daß bei den Bauern auf dem Lande Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle zu finden sei. Wenn das nicht hilft, dann hilft überhaupt nichts mehr.

Duellfexerei. In Amberg kam es zu einem Säbelduell zwischen einem Leutnant des Infanterie-Regiments und einem Beamten, bei dem der Offizier mehrfach verwundet wurde. Der Anlaß zum Duell ist unbekannt.

Aufgelöst wurde in Mainz eine öffentliche, von Anarchisten einberufene Versammlung, in welcher ein Herr Drewes sprechen sollte. Kaum hatte der Redner begonnen, so erfolgte die Auflösung. — Der kleine Bruder Heß muß eben tanzen, wie der große Bruder Preuß pfeift.

Verhungert! In Lositz bei Saalfeld wurde dieser Tage die Leiche eines Heimatlosen in einer nicht benutzten Hütte aufgefunden. Papiere wurden bei dem Toten nicht gefunden und da auch sonst Barmittel nicht im Besitze des Gestorbenen waren, fand derselbe nicht ein sogenanntes „ehrliches Begräbnis“, sondern er wurde nach Jena in die Anatomie geschafft. Als Todesursache konstatierte der Physikus: Verhungert! — Was mag der Ärmste wohl in seinen letzten Tagen gelitten haben, als er vor den Schneemassen und vor der Kälte Schutz in jener luftigen Hütte suchte und dort krank und hilflos liegen blieb, bis das Ende nahte!

Genickstarre. Bei einem Unteroffizier des Infanterieregiments Nr. 28 in Saargemünd wurde Genickstarre festgestellt.

Mißglückter Versuch. Santos Dumont unternahm Donnerstag abend in Saint-Cyr mit seinem Luftschiff „Aeroplan“ einen Versuch, den großen Preis für Flugmaschinen zu gewinnen. Der Apparat erhob sich in die Luft, durchmaß etwa 60 Meter, legte sich dann jedoch zur Seite und stieß auf den Boden. Dadurch wurden die Flügel zertrümmert. Santos Dumont blieb jedoch unverletzt.

Lawinensturz. Eine 50 Meter hohe Lawine, die vom Uhrkübelberg herabstürzte, richtete, einem Privattelegramm zufolge, im Gasteiner Tal großen Schaden an.

Die Mutter und sich selbst erschossen. In Krakau hat in der Poselskagasse der 23jährige Rechtshörer Hugo Launsky v. Tiefenthal seine 53jährige Mutter und sich selbst erschossen, während er seinen in der Wohnung befindlichen Onkel Krista in eine Nebenkammer einsperrte. In hinterlassenen Briefen gibt der Selbstmörder, der der Sohn eines erzherzoglichen Beamten war, an, daß er seine Mutter mit deren Einwilligung erschossen habe. Er bezeichnet die Notlage seiner Familie und den Gram wegen des Todes seiner jungen Schwester, die sich vor einem Jahr vergiftet hatte, als Motiv seines Selbstmordes und der Ermordung der Mutter.

25 Personen getötet. Nach einer Meldung aus New-Orleans hat am Freitag in den Staaten Louisiana, Mississippi und Alabama ein Tornado gewütet, bei dem, soweit bisher bekannt geworden ist, 25 Personen ums Leben gekommen und 50 schwer verletzt worden sind.

Die Schiffskatastrophe an der holländischen Küste. Aus Hoek van Holland berichtet die „Vossische Ztg.“: Am Donnerstag wurde bei den Brielle eine männliche Leiche von der Katastrophe der „Berlin“ in stark verwestem Zustande gelandet. Unter den bei ihr gefundenen Papieren befand sich eine Karte mit dem Namen Robert Deevis. Ebenfalls am Donnerstag wurde am hiesigen Strand ein mit Edelsteinen verzierter Degen des ertrunkenen Kuriers des Königs von England gefunden. Er wurde der englischen Gesandtschaft überwiesen.

Wer terrorisiert? Auf dem Schlachthof in Magdeburg war bei der Fleischermeistergenossenschaft seit sechs Jahren und einigen Monaten unser Genosse Emil Herkewitz als Meister in der Talgschmelze angestellt. Seine Tätigkeit fand die Anerkennung seiner Arbeitgeber so lange, bis — einer von ihrer Zunft in der Person des Herrn Kobelt als Reichstagskandidat aufgestellt wurde. Herkewitz hatte seine sozialdemokratische Gesinnung niemals verhehlt, und niemand hatte ihm das verübelt. Erst als Herr Kobelt auf den Schild erhoben worden war, wurde das anders. Man begann, Herkewitz im geheimen zu beobachten — wie der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Fieberitz, selbst ihm gegenüber geäußert hat — und jedes seiner Worte auf ihre Kobelttreue hin zu prüfen. Das Ergebnis konnte nicht zweifelhaft sein, und am Tage nach der Wahl, am 26. Januar, sollte Herkewitz entlassen werden. Man besann sich aber noch einmal und beschloß, ihm noch vierzehn Tage Galgenfrist zu geben, weil — es sonst zu auffällig sei. Am Sonnabend, den 9. Februar, wurde Herkewitz krank, der Arzt konstatierte Arbeitsunfähigkeit und verordnete Bettruhe. Und am Montag darauf wurde dem Kranken ein Bote ins Haus geschickt mit der Nachricht, daß er entlassen sei. Den ahnungslosen Herkewitz traf die Nachricht wie ein Schlag und er erkundigte sich nach den Gründen der Entlassung. Fiberitz erklärte ihm: „Sie waren uns ein lieber Arbeiter, nur Ihrer politischen Gesinnung wegen sind Sie entlassen worden!“ — Kommentar überflüssig!

Die Bombenexplosion in Konstantinopel hat noch ein drittes Opfer gefordert. Der Grieche Lambrinides ist an den Folgen der Verletzungen gestorben. Seine Beerdigung rief eine große Kundgebung hervor, die sich offen gegen die türkischen Behörden richtete, auf deren Verbot die Todesursache weder in den Zeitungen, noch in den Todesanzeigen hatte genannt werden dürfen. Die Teilnahme an der Beerdigung war riesig. Eine ungeheure Menschenmenge durchflutete die große Perastraße, zog an dem Geschäft von Papillon vorbei und staute sich an dem Platze der Explosion, bevor sie in die griechische Metropolitan-Kirche eintrat, wo die griechische Kolonie und die hellenischen Vertreter der Feier beiwohnten. Wenn man auch annimmt, daß der Bombenwurf den Armeniern zur Last gelegt werden müsse, so bemerkte man doch allgemein mit Staunen, wie geringe Mühe sich die Polizei gibt, die Sache ernsthaft zu verfolgen.

Bürgertafel.

Zu lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Geschäftsreisender Berend. Gärtnergehilfe Berlin. Arbeiter Berlin. Bote Busch. Arbeiter Busch. Hufner Denker, Reecke. Schmiedemeister Dobus. Arbeiter Flägel. Arbeiter Frick. Lademeister Goern. Schuhmacher Gräning. Arbeiter Hansen. Händler Hasselbrinck. Landmann Käselau, Krempelsdorf. Bootsmann Knoop. Arbeiter Kramer, Vorwerk. Barbier und Friseur Kuehn. Tischlergeselle Küntzel. Postpackmeister a. D. Lau. Arbeiter Meyer. Arbeiter J. J. H. Möller. Arbeiter P. J. H. Möller. Gasrohrleger Müller. Bureauvorsteher Müller. Arbeiter Otto. Arbeiter Pätau. Arbeiter Petersen, Travemünde. Arbeiter Pistier. Tischlergeselle Richter. Uhrmacher Saalfeld. Brauergehilfe Sauer. Landmann Schiering, Krempelsdorf. Arbeiter Schmahl. Schuhmacher Schwieger. Arbeiter Schümann. Straßenbahnwagenführer Siems. Tischler Stahl. Arbeiter Sternberg, Genin. Krämer Strunck. Tischlergeselle Stüwe. Arbeiter Teege. Geschäftsreisender Tieck. Oberpostschaffner a. D. Tiedt. Handlungsgehilfe Tock. Arbeiter Trilk. Inhaber einer Linieranstalt Uhle. Leitungsaufseher bei der Staßenbahn Warnke. Schneider Zell, Moorgarten.

Dieselben haben am 27. März 1907 vor dem Senat den Bürgereid geleistet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.